MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe Februar 2024

AUFSTEHEN GEGEN DEN FASCHISMUS

Foto: Dominik Sauerer

VON MUNIB AGHA

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war großartig euch so zahlreich auf der Demo in Erlangen gesehen zu haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass jemals so viele Leute auf dem Hugenottenplatz waren. Es ist gut, dass wir uns empören und uns bewusst machen, dass die Demokratie nicht naturgegeben ist, sondern v.a. von uns, vor allem von Sozialdemokrat:innen, Gewerkschaften und Kommunist:innen erkämpft worden ist. Allgemeines Wahlrecht, Frauenwahlrecht und Sozialstaat wurden von uns erkämpft. Mitbestimmung im Betrieb und 40-Stunden-Woche wurden von uns erkämpft. Frauenrechte, LGBTIQ-Rechte, Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden erkämpft!

Unsere Gesellschaft ist nicht statisch, alles ist in Bewegung. Unsere Rechte müssen immer und immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden, damit unsere Gesellschaft demokratisch bleibt. Denn vor gut 90 Jahren haben wir Demokrat:innen schon einmal alles verloren. Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, das Verbot der Gewerkschaften, die Verfolgung und Ermordung von Jüd:innen/Juden, Menschen mit Behinderung, Lesben und Schwule, Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen und vielen anderen Andersdenkenden.

Munib Agha, Stadtrat und Vorstand der Erlanger SPD

Sehr bewusst haben sich deswegen unsere Verfassungsmütter und -väter dazu entschieden nicht nur von wehrhafter Demokratie zu sprechen, sondern sie auch ins Grundgesetz zu verankern. Damit sich Geschichte nicht wiederholt, ist es auch endlich die Pflicht der politischen Entscheidungsträger:innen alles Mögliche zu tun, um den Faschismus im Keim zu ersticken. Es kann nicht sein, dass wir durch das Parteienfinanzierungsgesetz faschistische Strukturen finanzieren und uns Demokrat:innen das eigene Grab schaufeln!

Außerdem: Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Übernahme von rechtsaußen Positionen rechtsradikales Gedankengut nie eingehegt hat. Die radikale Rechte hat dies im-

>> Seite 3

TERMINE

06.02. 19:00	Distrikt Ost: Distriktsitzung	Pizzeria Romano, Schronfeld 74	S. 33
08.02. 20:00	Kreisvorstandsitzung	Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Str. 79, 91054 Erlangen	
11.02. 13:30	Brucker-Faschingszeug	Treffpunkt: Fürther Straße	S. 28
13.02. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 34
14.02. 15:00	AG 60+	Thalermühle	S. 35
14.02. 19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung	Gasthaus „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 32
21.02. 20:00	Distrikt West: Distriktsitzung	Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14	S. 33
22.02. 20:00	Kreismitgliederversammlung	SpVgg Erlangen, Kurt-Schumacher-Str. 11	S. 23
22.02.	Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 10
27.02. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 34
28.02. 20:00	Distrikt Süd: Distriktsitzung	Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1	S. 33
09.03. 11:00	SPD-Frauenempfang mit Katarina Barley	E-Werk – Clubbühne	S. 36

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes, Martin Prokopek
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	08:00 - 11:30 Uhr
Di	08:00 - 11:30 Uhr
Mi	geschlossen
Do	17:00 - 19:00 Uhr
Fr	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	09:00 - 13:00 Uhr
Di	09:00 - 13:00 Uhr
Mi	geschlossen
Do	09:00 - 13:00 Uhr
Fr	geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Andreas Bammes, Stefan Barth, Gerhard Carl, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Fabian Foith, Dietmar Hahlweg, Hans Hauer, Sana Hummady, Katrin Hurle, Lisa Kaufmann, Felix Klingert, Heide Mattischeck, Gisela Niclas, Wolfgang Niclas, Sandra Radue, Andreas Richter, Rolf Schowalter, Sophia Waldmann

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
600 Stück

mer als Bestätigung ihrer Ansichten aufgefasst. Sie haben sich bestärkt gefühlt. So war es auch beim sogenannten Asylkompromiss in den 90er Jahren.

Auch deshalb ist die erst kürzlich vom Bundestag beschlossene Asylrechtsverschärfung aufs härteste zu verurteilen. Sie wird keine der Fluchtursachen bekämpfen. Sie wird keine Kriege beenden, keine Hungersnot und auch nicht den fortschreitenden menschengemachten Klimawandel verhindern.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt, Erfinder des New Deals, war davon überzeugt, dass Angst die Menschen von Verführer:innen abhängig mache. Daraus folgerte er, dass die erste und vornehmste Aufgabe staatlicher Politik ist, den Bürger:innen die Angst zu nehmen. In diesem Sinne ist es endlich Zeit aufzuhören, gesellschaftliche Gruppe gegen andere auszuspielen. Landwirt:innen gegen Arbeitslose, prekär Beschäftigte gegen Geflüchtete. Es ist Zeit im Sinne eines (Green) New Deals die tatsächlichen materiellen gesellschaftlichen Probleme anzupacken, um das Leben aller besser und unbeschwerter zu machen: Bezahlbaren Wohnraum schaffen und horrende Mieten verbieten, attraktive günstige Mobilität, bezahlbare erneuerbare Energie, bessere Löhne und gute Beschäftigung, die sozialökologische Transformation der Industrie.

Oberbürgermeister Dr. Florian Janik auf der Kundgebung gegen Rechts am 19.01.2024 in Erlangen.
Foto: Dominik Sauerer

So schwer die Mehrheitsverhältnisse im aktuellen Bundestag für solch eine Politik auch sind, kann dies keine Ausrede sein, für eine solidarische Politik nicht einzutreten und diese nicht einzufordern. Insbesondere als Sozialdemokratische Partei gegenüber unserer Fraktion und Regierung!

Fangen wir an Angst schürende Politik zu verdammen und entschieden abzuweisen. Mit der Demo am Freitag in Erlangen und vielen anderen Städten der Republik haben wir ein klares Zeichen für eine solidarische Gesellschaft gesetzt, die ein Denken in Wir- und Ihr-Kategorien entschieden von sich weist.

Dies ist ein erster und wichtiger Schritt. Lasst uns gemeinsam weiter voranschreiten, Seit an Seit, im Kampf gegen den Faschismus und für eine neue Zeit!

Freundschaft!
Munib

Die StUB gemeinsam auf die Straße bringen!

Nur zusammen können wir den Ratsentscheid am 9. Juni gewinnen.

Unterstütze aktiv im Wahlkampf!

Informiere dich auf www.wir-pro-stub.de (interaktive Karte) und www.stadtumlandbahn.de

Sprich mit Menschen in deinem Umfeld über das Projekt und den Entscheid: *wir wollen, dass alle Erlanger:innen bis zur Wahl wissen, dass es sich um die Straßenbahnverlängerung aus Nürnberg handelt und wie die Trasse grob durch Erlangen verläuft, bevor sie nach Herzogenaurach fährt. Jede:r muss wissen, dass die StUB ein essentielles Projekt zur Sicherung des Wohlstands und der Zukunft Erlangens ist.*

"Like", Teile und Kommentiere in den sozialen Medien (Facebook, Instagram) und hilf, Vorurteile oder Falschinformationen auszuräumen.

Melde dich und ggf. deine zeitlichen Ressourcen, Ideen, Talente an wir@pro-stub.de und buero@spd-erlangen.de damit wir wissen, auf wen wir bei bei Themen Plakatierung, Infostand-Besetzung, Frühverteilung, Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Social Media-Betreuung und Veranstaltungsplanung zählen können. *Was könnten "Talente" sein?* Du könntest uns zum Beispiel Kontakte vermitteln an Vereins-, Kirchenblätter oder deren Blogs oder Podcasts … vielleicht fallen dir auch Veranstaltungen ein, auf denen eine kurze Info zum Thema eingebaut werden kann? … oder: vielleicht ist dein Talent das Schreiben von Leserbriefen oder Verfassen von Info-Posts für die sozialen Medien?

Wenn es dir möglich ist, spende Geld an die SPD Erlangen mit dem Stichwort "StUB" an Sparkasse Erlangen, IBAN: DE82 7635 0000 0000 0120 05 / BIC: BYLEDEM1ERH (Spenden an die SPD können in der Steuererklärung geltend gemacht werden, bitte im Verwendungszweck Namen und Adresse angeben, damit die Spendenquittung an die richtige Adresse gesendet werden kann).

Verkleide dich mit StUB-Bezug und nimm Teil am Brucker Faschingsumzug (wir sind Teil des "WIR PRO StUB"-Wagens, Aufstellung ist am Sonntag, 11. Februar um 13:30 Uhr in der Fürther Straße)

DANKE an alle Genossinnen und Genossen schon heute!

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

03.02. Friedhelm Elias
73 Jahre

06.02. Elisabeth Frank
75 Jahre

06.02. Marianne Kobiela
76 Jahre

09.02. Gertrud Reich-Schowalter
75 Jahre

11.02. Barbara Janik
71 Jahre

11.02. Renate Schmidt
70 Jahre

13.02. Manfred Kirscher
84 Jahre

15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
91 Jahre

16.02. Melinda Köster
70 Jahre

21.02. Alfred Scherrer
77 Jahre

21.02. Winfried Stein
73 Jahre

24.02. Inge Aichele
85 Jahre

24.02. Ursula Rechtenbacher
90 Jahre

26.02. Magdalena Zoglauer
77 Jahre

26.02. Stefan Barth
87 Jahre

27.02. Norbert Fischer
71 Jahre

STELLENAUSSCHREIBUNG

*DAS BÜNDNIS "WIR PRO STUB" SUCHT EINE PROJEKTASSISTENZ AUF MINIJOB-BASIS: **HTTPS://LNKD.IN/DQHADCIP** ODER VIA **QR-CODE**:*

ZUM 90. GEBURTSTAG VON URSULA RECHTENBACHER

Liebe Ursel,

zu Deinem 90. Geburtstag gratulieren wir Dir im Namen der Erlanger SPD von ganzem Herzen. Wir haben Dir Vieles zu verdanken. Dietmar Hahlweg, der damalige Oberbürgermeister, hatte 1990 seine Laudatio anlässlich Deines Ausscheidens aus dem Amt der Bürgermeisterin so getitelt: „Bür-germeisterin Ursula Rechtenbacher – ein Glücksfall für unsere Stadt“. Treffender konnte man die Bilanz Deines Wirkens als Stadträtin und Bürgermeisterin nicht beschreiben. Du wurdest 1972 in den Stadtrat, 1980 als Nachfolgerin des verstorbenen Friedrich Sponsel zur Bürgermeisterin gewählt. Bei der Kommunalwahl 1990 bist Du nicht erneut als Kandidatin angetreten. Du hattest das Deinem Ehemann Rolf fest versprochen. Seine beruflich bedingten häufigen Auslandsreisen und Deine anspruchsvolle Tätigkeit als Bürgermeisterin hatten wenig Spielraum für gemeinsame Unternehmungen gelassen. Nun konntet Ihr häufiger an Eurem geliebten Rückzugsort in Burggrub sein, Wanderungen in der Fränkischen Schweiz und Radtouren in die nähere oder weitere Umge¬bung machen. Auch der Kontakt mit Eurem großen Freundeskreis konnte wieder vertieft werden.

Bei der Kommunalwahl 1972 bist Du auf Anhieb mit einem hervorragenden Ergebnis in den Stadt¬rat gewählt worden. Nach Eurem Umzug aus dem Schwäbischen nach Erlangen hast Du in der Süd¬stadt viele nachbarschaftliche Kontakte geknüpft und gepflegt. Heute würde man das als gut ver¬netzt bezeichnen. Das hatte sich auf Dein persönliches Wahlergebnis positiv ausgewirkt. Die SPD erreichte 1972 die absolute Mehrheit der Stadtratssitze und stellte mit Dietmar Hahlweg einen jun¬gen und ideenreichen Oberbürgermeister. Die Aufbruchstimmung der endsechziger und siebziger Jahre in der Bundesrepublik hatte das Ihre zu unserem guten Ergebnis beigetragen.

Du hast Dich von Anfang an mit großer Leidenschaft den sozialen Themen zugewandt. In der Seniorenpolitik hast Du Maßstäbe gesetzt, die bis heute nachwirken. So hast Du an der Gründung des Seniorenbeirates maßgeblich mitgemacht und bist lange dessen Vorsitzende gewesen. Flächen-deckende Versorgung mit Kindergärten waren Dir ein wichtiges Anliegen. Auch Anregungen aus der Bevölkerung hast Du gerne aufgegriffen – Mütterzentrum, Tagesmütter, Frauenhaus, Frauenzentrum – und dafür Mehrheiten gefunden. Als Du 1980 als Nachfolgerin von Fritz Sponsel zur Bürgermeisterin gewählt wurdest, konntest Du aus dieser einflussreichen Position heraus Deine Arbeit noch verstärken.

Auch Stadtgrenzen überschreitende Aktivitäten gehörten zu Deinen Aufgaben als Bürgermeisterin, die Du ebenfalls mit Deiner Dir eigenen Energie, Ausdauer und Leidenschaft angenommen hast. Im Bayerischen Städtetag hast Du Dir mit Deinem Fachwissen großes Ansehen verschafft. Einer ganz besonderen Aufgabe hast Du Dich mit ganzem Herzen gewidmet, der Pflege von ersten schwierigen Kontakten im Rahmen der 1987 begründeten Partnerschaft mit der Stadt Jena. Persönliche Treffen waren von Seiten Jenas eher nicht erwünscht. Mit großer Geduld und diplomatischem Geschick hast Du die sogenannten „Friedensseminare“ vorbereitet und geleitet, und damit Begegnungen möglich gemacht. Die Städtepartnerschaft mit Eskilstuna lag Dir ebenfalls am Herzen, die Zusammenarbeit war jedoch eher unkompliziert und die Treffen hier oder in Eskilstuna immer so etwas wie Famili¬entreffen. Otto Seidel, „unser Mann in Eskilstuna“, hat noch viele Jahre nach Deiner aktiven Zeit bei Euch zu Hause Kost und Logies gefunden.

Liebe Ursel, dies sind nur einige wenige Facetten Deines politischen und persönlichen Wirkens. Du hast Maßstäbe gesetzt. Darauf kannst Du stolz sein. Aus gesundheitlichen Gründen kannst Du die¬sen runden Geburtstag nicht wie gewohnt in kleiner oder größerer Runde fröhlich feiern. Aber Du sollst wissen, dass wir dankbar und stolz an Dich denken.

Deine langjährigen Wegbegleiter

Dietmar Hahlweg und Heide Mattischeck

EIN GLÜCKSFALL FÜR UNSERE STADT

LAUDATIO VON DIETMAR HAHLWEG ZUM AUSSCHEIDEN VON URSULA RECHTENBACHER ALS BÜRGERMEISTERIN IM APRIL 1990

„Eine Frau wurde in das zweithöchste Amt der Stadt Erlangen gewählt“ und „Junge Oma zur Bürgermeisterin gewählt“, so berichtete die Presse über die Wahl Ursula Rechtenbachers zur Bürgermeisterin durch den Stadtrat am 30. Juli 1980.

Zu diesem Zeitpunkt war ihr Name durchaus schon ein Begriff und ihre Person im guten Sinne des Wortes populär. Denn von Beginn ihrer Stadtratstätigkeit im Jahr 1972 an, hatte sie sich mit großem Engagement den Bereichen Soziales, Jugend, Freizeit, sozialer Wohnungsbau gewidmet. Ihre Stärke war es, sich immer auch die Einzelschicksale von Menschen zu kümmern. So ist es wohl zu erklären, dass sie bei der Kommunalwahl 1978 das viertbeste Ergebnis aller Stadtratskandidaten und das beste Resultat der 7 gewählten Stadträtinnen erzielte.

Trotzdem gab es nicht wenige, die ihre Zweifel hatten, wie es denn so laufen werde mit der neuen Frau im Bürgermeisteramt. Der allseits anerkannte und beliebte Fritz Sponsel hatte da in 20 Jahren Bürgermeisteramtszeit dich sehr deutliche und hohe Maßstäbe gesetzt. Die Verblüffung war groß: Aus dem Stand setzte Ursula Rechtenbacher ihre eigenen Maßstäbe und prägte ihren eigenen unverwechselbaren Stil.

Ich kann mich auch bei scharfem Nachdenken nicht an die geringsten Anlaufschwierigkeiten erinnern, Im Gegenteil: Überall, wo die neue Bürgermeisterin auftrat oder agierte, war man überrascht und angetan, wie gut sie zuhören konnte, wie schnell sie sich in schwierige menschliche Situationen und genauso auch in komplizierte Sachprobleme hineindenken und hineinfühlen konnte und wie sie kürzer und präziser, als dies uns Männern manchmal gegeben ist, das Problem auf den Punkt brachte, pragmatische Lösungsvorschläge machte, zumindest den Weg für Fortführung des Gesprächs öffnete oder offen hielt.

18.7.1985: Josef Felder trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Erlangen ein, flankiert von Bürgermeisterin Ursula Rechtenbacher und Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg. Foto: Stümpel, Hilde

Und noch eins fiel von Anfang an auf, war für jeden deutlich spürbar: Die Erfahrung und das Selbstbewusstsein einer Frau, die über 2 Jahrzehnte einen großen Familienhaushalt gemanagt und drei Kinder großgezogen hatte. Diese selbstbewusste Fraulichkeit, zusammen mit der ihr in die Wiege gelegten umgänglichen, unkomplizierten schwäbischen Art, weckten spontane Sympathie, schafften eine lockere, entkrampfte Atmosphäre.

Weil sie sich unverfälscht, das heißt so wie sie ist, in das Amt eingebracht hat und sich auch nicht durch das Amt „verbiegen“ ließ, konnte sie vom ersten bis zum letzten Tag in den unterschiedlichsten Funktionen so erfolgreich und unverwechselbar agieren: Als straff leitende Ausschussvorsitzende, als verständnisvolle Zuflucht für Petenten in der Sprechstunde, als beharrlich gerade für Einzelschicksale in der Verwaltung oder in der Referentenbesprechung kämpfende Anwältin der Schwachen, als kompetente, charmante und – wo notwendig – auch mutige Grußwort- oder Diskussionsrednerin, als Gesprächspartnerin der freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und Bürgerinitiativen, als Vertreterin der Stadt im Universitätsbund und auch als hochgeschätzte Fachfrau in Verbänden und Gruppen, so unter anderem im Bayerischen Städtetag.

Mir ist das Wirken von Ursula Rechtenbacher erst so richtig bewusst geworden, wie wichtig und unverzichtbar das weibliche Element gerade auch bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Und für ein weiteres steht Ursula Rechtenbacher: Sie hat gezeigt und bewiesen, dass gerade auch in der heutigen komplizierten und stark von Experten geprägten Welt, Menschen, die zwar keine Fachausbildung aber einen klaren Verstand, die Fähigkeit zum Zuhören und Lernen und zudem ein Gefühl und Herz für die Menschen und ihre Probleme haben, nicht nur sich behaupten können, sondern neben den Experten im politischen und öffentlichen Leben dringend gebraucht werden.

Ich bin dem Schicksal dankbar, dass ich 10 Jahre lang mit einer solchen Bürgermeisterin zusammenarbeiten konnte und bin mir sicher, dass auch die Bürgerschaft, Frauen wie Männer, diese Dankbarkeit teilen. Wir alle können stolz darauf sein, dass Ursula Rechtenbacher 10 Jahre lang in so überzeugender Weise das Amt der Bürgermeisterin der Stadt Erlangen ausgeübt hat.

Ich bleibe bei der Wertung, die ich bei entsprechenden Anlässen schon gelegentlich ausgesprochen habe: „Bürgermeisterin Ursula Rechtenbacher, ein Glücksfall für unsere Stadt“.

INGE AICHELE WIRD 85: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

VON GISELA NICLAS

Liebe Inge,

wie viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hast auch Du „Migrationshintergrund“: Deine Wiege stand im Schwabenland. Am 24. Februar 1939 hast Du in Stuttgart das Licht der Welt erblickt. Es war das Jahr, in dem Hitler Monate später mit dem Überfall auf Polen mit dem 2. Weltkrieg millionenfaches menschliches Leid entfesselte. Die Kriegsjahre haben Deine Kindheit überschattet. Deine Erinnerungen an diese Zeit teilst Du mit uns in dem deutsch-russischen Buch „Kriegskinder -Erinnerungen“, das dank der Arbeit des Erlanger Partnerschaftsbeauftragten a.D., Peter Steger seit 2021 vorliegt. Danke dafür! Das Buch kann in der Stadtbibliothek ausgeliehen werden. Dein Jugend- und Erwachsenenalter aber ist geprägt von Deutschlands Weg in die Demokratie, eingebunden in das politische Modells Europa und verbunden mit der Vision von Friedenssicherung durch Völkerverständigung und Abrüstung.

Einige Jahrzehnte später zog es die schwäbischen Aicheles in die weite(re) Welt, 1966 schlugen sie ihre Zelte in Erlangen auf. Offenbar entwickeln gerade „Zugereiste“ ein besonders aktives Verhältnis zu ihrer Wahlheimat. Sie wollen nicht einfach hier leben, sondern ihre neue Heimat aktiv mitgestalten. Auch du bist dafür ein lebendiger Beweis.

DIE SPD: DEINE POLITISCHE HEIMAT

1972 hast Du dich für die SPD entschieden, seit 52 Jahren hältst Du Deinen Sozis die Treue – einst inspiriert von Willy Brandts Aufforderung „Mehr Demokratie wagen“. Mit dem Rückenwind der politischen Aufbruchstimmung der frühen siebziger Jahre gelang auch in Erlangen der Politikwechsel: Zu Deiner großen Freude erhielt 1972 bei den Kommunalwahlen die SPD die absolute Mehrheit im Stadtrat, und Dietmar Hahlweg wurde Oberbürgermeister. Dessen kommunalpolitische Visionen fanden Deine volle Unterstützung: Ökologisches Bauen, viel Platz für Kinder, viel Grün für alle Generationen, Vorrang für Fußgängerinnen und Fußgänger, Fahrräder und ÖPNV, Förderung und Weiterentwicklung der Soziokultur als guter Nährboden für das Miteinander in einer lebendigen, vielfältigen und multikulturellen Stadtgesellschaft.

Geburtstagskind Inge Aichele mit ihrem Mann „Hem“.

Von 1982 bis 1995 warst Du Geschäftsführerin der SPD-Stadtratsfraktion. 1990 kandidiertest Du auf der ersten durchgängig quotierten Liste in der Geschichte der SPD und der Stadt Erlangen auf einem aussichtsreichen Mittelfeldplatz für den Stadtrat. Erinnerst Du Dich? Nicht nur manche Genossen schüttelten kritisch den Kopf. 25 Männer und 25 Frauen gleichberechtigt hintereinander auf der Liste gereiht, ob das gut geht? Es ging gut! Nicht nur die quotierte Liste an sich war bereits ein frauenpolitscher Fortschritt, auch das Wahlergebnis geriet zum Erfolg: Wir Genossinnen erhielten 11 der 21 Mandate der neuen Fraktion.

Bereits am 1. Oktober 1991 konntest Du für die auf Platz 3 der Bayernliste erstmals in den Bundestag gewählten damaligen Fraktionsvorsitzenden Heide Mattischeck nachrücken und gehörtest dem Stadtrat bis zum 30. April 2002 an. Ab Mitte der 90er Jahre hast Du dich voll auf Dein Wahlmandat konzentriert. Dein besonderes Interesse galt (und gilt bis heute) den Bereichen Kultur und Bildung. Neben Deiner Mitarbeit im Ältestenrat und im Sozialhilfeausschuss (heute: Sozial- und Gesundheitsausschuss) lag Dein Schwerpunkt vor allem im Kultur- und Freizeitausschuss und als Fraktionssprecherin für Erwachsenenbildung im Kuratorium der Volkshochschule. Zu ergänzen ist Deine Tätigkeit im Musterungsausschuss des Kreiswehrersatzamtes, wo Du Dich sowohl mit der Wehrdienstpflicht als auch mit dem Recht auf Wehrdienstverweigerung auseinandersetzen musstest. Keine leichte Aufgabe. Diese Behörde wurde mittlerweile im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht abgeschafft.

SCHWÄBISCH-FRÄNKISCHE DEMOKRATIN DURCH UND DURCH

Noch viele Jahre nach Ende Deiner Stadtratsarbeit warst Du ehrenamtlich aktiv im Heimat- und Geschichtsverein und im Stadtverband der Erlanger Kulturvereine. Der Fall des Eisernen Vorhangs und die

Deutsche Einheit beflügelten Dein Engagement für die Städtepartnerschaften. Oft und gern habt ihr beiden, Du und Dein Mann Hem, Gäste aus Wladimir und Jena in Eurem privaten Domizil beherbergt. Besonders hervorzuheben ist die langjährige enge Verbundenheit mit dem ehemaligen Stadtrat in Wladimir, Professor Percy Gurwitz, dem die Erlanger SPD 2010 für sein außergewöhnliches Engagement für Aussöhnung und Völkerverständigung die Willy-Brandt-Medaille verliehen hat.

Liebe Inge, mit Würde und nach wie vor vielseitig am politischen Geschehen interessiert bist Du wieder ein Stück älter geworden. Wie ich dich kenne, machst Du Dir angesichts von erstarkendem Rechtsextremismus und neuer Kriegsgefahr Sorgen um die Zukunft. Die kann ich, die können wir Dir nicht nehmen. Wir wissen aber, dass wir dem weiterhin die Kraft der Solidarität und unsere sozialdemokratischen Werte entgegensetzen müssen. Dein jahrelanges Engagement mit und ohne politisches Mandat für Zusammenhalt, Toleranz und Weltoffenheit ist dafür ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein. Für uns bist und bleibst Du die Schwäbisch-Fränkische Demokratin durch und durch. Danke dafür, liebe Inge, wir gratulieren ganz herzlich zu Deinem Geburtstag.

Deine Erlanger SPD und
Deine Gisela Niclas

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM 75. GEBURTSTAG

VON ANDREAS BAMMES

Liebe Gertrud,

herzlichen Glückwunsch zu deinem besonderen Jubiläum! Dein langjähriges Engagement als Ortsbeirätin in Tennenlohe beeindruckt uns zutiefst. Seit Jahren setzt du dich leidenschaftlich für die Belange unseres Stadtteils ein und prägst aktiv das öffentliche Leben in ebendiesem.

Deine Arbeit am Tennenloher Boten und deine künstlerische Hingabe zeugen von deinem starken Einsatz für die lokale Gemeinschaft. Mit 75 Jahren zeigst du weiterhin vehement für deine Überzeugungen zu kämpfen und mischst immer noch sehr aktiv bei den Diskussionen in unserer Distriktversammlung mit.
Dein Beitrag als Ortsbeirätin und dein Kunstinteresse sind für unseren Ortsteil von großer Bedeutung, da du hier immer wieder von deiner langen Erfahrung im Kunstkreis Tennenlohe zehren kannst. Zusammen mit deinem Ehemann Rolf, der die vergangenen 9 Jahre als Vorsitzender des Ortsbeirats Tennenlohe ebenfalls beeindruckende Spuren hinterlässt, bildet ihr ein starkes Team und verleiht der SPD Tennenlohe Charakter.

Herzlichen Glückwunsch zu deinem 75. Geburtstag, liebe Gertrud!

Auf viele weitere Jahre für dich mit deinem Mann und der Politik, die ihr als Leidenschaft miteinander teilt!

WIR STEHEN VOR ZWEI KIPPUNKTEN IN UNSERER DEMOKRATIE!

REDEBEITRAG VON WOLFGANG NICLAS AM 19.01.2024 BEI DER DEMO GEGEN RECHTS.

Wir wissen: Materielle Not ist schmerzhaft aber nicht das alleinige Drama – es wird begleitet von einem erniedrigenden Alltag, vom Beiseitedrängen, vom Ausschließen, von Demütigung und Verachtung oder der Angst Erreichtes zu verlieren.

Wir unterschätzen aber häufig die Dauer dieses Zustands. Die Dauer über Monate, Jahre, Jahrzehnte, ein Leben lang und zunehmend auch über Generationen ist für immer mehr Menschen Alltag. Die Anhäufung sozialer Ungleichheit kann zu gesellschaftlichen Kipppunkten führen, wie wir sie aus der Klimadiskussion kennen.

Dann kann zumindest kurzfristig nichts mit mehr Geld und schönen Worten zurückgeholt werden. Da wird Gesellschaft als feindlich wahrgenommen und kann als Gesellschaft scheitern!

Wenn nur genügend Menschen solche Gefühle auf Grund ihrer sozialen Lage entwickeln, haben rechte Demagogen und Hetzer leichtes Spiel. Und hier kommt die AfD ins Spiel: Sie nutzt diese Stimmung von Unsicherheit und betreibt die Herauslösung von Menschen aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt durch aktive und gewollte Spaltung der Gesellschaft. In „Biodeutsche und Deutsche mit Migrationshintergrund“ in „Eliten und die Bodenständige“, in „Weiße und Farbige“, in lange und kurze Nasen – egal; Hauptsache „gegen die Anderen“.

Wir wissen aus unserer Geschichte und aktuellen Beispielen (USA, Ungarn, Polen, Italien usw.) wie kurz der Übergang vom demokratischen Ringen um den richtigen Weg – zur militanten Spaltung der Gesellschaft ist. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben das auch

Wolfgang Niclas bei seinem Redebeitrag am 19.01.2024.
Foto: Dominik Saurer

gewusst und deshalb in unserem Grundgesetz die Mittel zur Verteidigung der Demokratie verankert.

Wir sind jetzt und heute mit zwei Kipppunkten konfrontiert:
Erster Kipppunkt: Wenn die AfD in Regierungsverantwortung kommt, kann die Demokratie mit einer Mischung aus demokratischen und gewalttätigen Mitteln ausgehebelt und zerstört werden. Unsere Geschichte und die Gegenwart in zu vielen Ländern haben genau das gezeigt!
Die erste Konsequenz muss deshalb das Verbot der Feinde der Demokratie sein – bevor diese die Demokratie zerstören.

Aber das kann für sich allein nicht funktionieren! Das Verbot ist und bleibt auch nach dem Grundgesetz eine mögliche und gegebenenfalls eine notwendige, aber eben eine Notmaßnahme.

Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine faire Gesellschaft für Alle gesichert werden. Bei Krisen wie Corona, Klima und Krieg ist das schwer genug, eine Herkulesaufgabe für heute und die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Dazu kommt noch das Gefühl, in der Gesellschaft nicht fair beteiligt zu werden.

Wenn soziale Ungleichheit und fehlende Teilhabe zur Spaltung der gesamten Gesellschaft führt, ist ein zweiter Kipppunkt erreicht, der die Demokratie zerstört. Diese Spaltung ist das Geschäftsmodell der AfD.

Die zweite Konsequenz muss deshalb die Reduzierung der sozialen Ungleichheit zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe sein!

Ohne eine materielle Umverteilung von oben nach unten wird es nicht funktionieren. Wir haben einfache Möglichkeiten die falsche und letztlich gefährliche Verteilung zu korrigieren:
1. durch eine Vermögensbesteuerung, die den Namen verdient und wie wir sie mit dem Lastenausgleich 1954 mit einer 50%igen Vermögensabgabe schon einmal praktiziert haben (übrigens sehr erfolgreich! Es folgte das sogenannte Wirtschaftswunder)
2. Durch eine Erbschaftssteuer, die die Abspaltung einer kleinen Klasse der Superreichen endlich und dauerhaft verhindert.
3. Durch eine Ertragssteuer auf solche Gewinne, die zu Lasten der Gesellschaft gehen.

Das ist keine Phantasie. Diese Punkte sind längst Bestandteil von Forderungskatalogen von Sozialverbänden, Gewerkschaften und mehrerer demokratischer Parteien!

Verhindern wir gemeinsam die zwei Kipppunkte und sichern wir unserer Demokratie!

Graben wir der AfD und anderen Rechtsextremisten und Populisten das Wasser ab!

Mit juristischen und sozialpolitischen Mitteln.

BEITRAG DER JUSOS AUF DER KUNDGEBUNG VOM 19.01.2024

VON FABIAN FOITH

Es freut mich sehr, dass ich heute vor so vielen Demokrat*innen sprechen darf, und den Standpunkt der Jusos erklären kann. Doch um uns zu verstehen, möchte ich mit Ihnen in den Rückspiegel schauen, denn einst wurde die AfD gegründet als Anti Europäische Partei. Einige Forderungen von Ihnen waren den Euro für die D-Mark zu ersetzten und den sofortigen Austritt aus der EU.

Von Anfang an haben sie Nährboden für Rechte und deren Strukturen geboten. Ich möchte euch ein Zitat vortragen, welches mich zutiefst anwidert: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt das sich ein Denkmal der Schande ins Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“, Björn Höcke 2017. Genau wegen solcher Aussagen gehört diese Partei verboten.

Ich habe mir für heute vorgenommen auch auf die Inhalte der AfD einzugehen, was mit Verlaub ziemlich schwierig war, denn Inhalte außer Rassismus und Ausgrenzung kennt diese Partei nicht. Man kann zusammenfassend sagen: Das AfD-Grundsatzprogramm schmeckt nach einem Resteessen aus den 1930er Jahren, und diese haben nach Scheiße mit Erdbeeren geschmeckt. Der einzige Unterschied von damals zu heute ist, sie tragen Babyblau und nicht mehr Kackbraun. Deren Politik wendet sich damals wie heute, gegen Migranten, Frauen, behinderte, Arme und den politischen Gegner.

Fabian Foith bei seinem Redebeitrag am 19.01.2024.
Foto: privat

Der Unterschied von der AfD zu einem Eimer gefüllt mit Scheiße, ist nur der Eimer.

Das Ziel der Alternative, ist die Spaltung unserer Gesellschaft und Zerstörung unseres „Wir“-Gefühls. Als Beispiel: Die Corona-Demonstrationen, oder der Versuch die Bauerndemonstrationen sich eigen zu machen. Zitat Christian Lüth (langjähriger Pressesprecher der AfD) 2020: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser geht es (uns) der AfD“, Herr Lüth Sie widern mich an! Trotz alledem, erlauben die sich zu propagieren sie seien das Volk. Sie sind Lügner! Wir sind das Volk, und wir haben genug!

Auch die Dreistigkeit der AfD kennt keine Grenzen. So wollen Sie zum Beispiel die neue, erleichterte, doppelte Staatsbürgerschaft ausnutzen, um ihre Deportationspläne zu verwirklichen. Ich habe euch ein paar Zahlen mitgebracht: 37% der Bevölkerung, unser geliebtes Erlangen, haben einen Migrationshintergrund. Das sind rund 42.000 Menschen, wovon ca. 20.000 die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Laut AfD sollen diese Menschen abgeschoben, remigriert und verfolgt werden. Das widerspricht nicht nur jeder Moral, sondern auch unserem geliebten Grundgesetz, dort heißt es in Art. 16: Die deutsche Staatsbürgerschaft kann nicht entzogen werden, und das ist auch gut so! Ich möchte Sie heute an die Worte von Martin Luther King Jr. erinnern: „Wir können in einer global zusammengerückten Welt nicht lange überleben, wenn wir geistig voneinander getrennt leben.“, und dieser Mann hatte recht.

Und ich möchte euch diese Worte als Mahnung mitgeben, denn wenn ein Parteiverbotsverfahren beschlossen wird, ist diese Partei noch immer da und unser antifaschistischer Kampf nicht beendet. Dieses Verbotsverfahren wird mindestens bis über die nächste Bundestagswahl andauern, das heißt: Wir müssen den Faschisten überall entgegentreten, wo sie aufmarschieren, keinen Meter Platz für die AfD.

Ich habe gehört hier wären 4.000 Menschen. Ich würde Sie gerne hören.

Hoch die Internationale Solidarität!

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monatsspiegel März 2024

22. Februar 2024

FLAUSCHIGE KANTE GEGEN RECHTS – MIT DEN AUGEN EINER MIGRANTIN

VON SANA HUMMADY

Als Anfang Januar die Berichte über das Geheimtreffen von AfD Politikern mit einem rechtsextremen Unternehmer sowie Mitgliedern der „Werteunion“ im November 2023 vom Correctiv-Team veröffentlicht wurden, waren viele Menschen schockiert und wütend.
Ich fühlte jedoch hauptsächlich eins: Angst.

Seitdem ich circa 3 Jahre alt bin, lebe ich in Deutschland. Meine Eltern und ich erhielten als politische Flüchtlinge hier in Deutschland Asyl. Vor ungefähr 20 Jahren wurden wir eingebürgert. Seitdem bin ich deutsche Staatsbürgerin mit allen Rechten und Pflichten. Schon als Kind spürte ich die Macht dieses bordeauxroten Passes mit dem goldenen Adler, jedoch ohne zu verstehen warum. Auch Rassismus versteht man als Kind nicht. Warum auch? Für mich war damals einfach klar: ich bin Deutsch. Ich gehöre zu Deutschland. Das Bewusstsein dafür kam aber mit der Zeit und wuchs mit dem schnellen Wandel der AfD von einer EU-kritischen Partei bei ihrer Gründung 2013 zu einer offensichtlich rechten Partei. Natürlich gab es damals schon die NPD. Doch diese Partei war anders. Diesmal kamen ihre Mitglieder und Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft. Waren Geschichtslehrer. Trugen Anzüge. Plötzlich war Intoleranz wieder en vogue. Und eines Abends googelte ich „Entzug Deutsche Staatsbürgerschaft“ und atmete auf, nachdem ich einige Einträge gelesen hatte. Ein Entzug dieses mächtigen Passes war nicht so einfach, vor allem wenn man keine andere Staatsangehörigkeit besaß. Da ich nicht nur in meinem Selbstbildnis, sondern auch auf dem Papier „nur“ Deutsch war, war dies noch schwieriger, da nur bei wirklich schweren Straftaten wie Terrorismus der Entzug der Staatsbürgerschaft einen Staatenlos machen darf. Ich atmete auf.

Sana Hummady lebt seit ihrem dritten Lebensjahr in Deutschland. Foto: privat

Aber zurück ins Jetzt: Plötzlich trafen sich in Deutschland Menschen in einem Hotel, nur wenige Kilometer entfernt vom Wannsee, wo die Nazis bei der Wannseekonferenz im Januar 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen, um über „Remigration“ und den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeiten bei Menschen mit Migrationsgeschichte zu sprechen.

Sie sprachen über mich.

Für sie bin ich keine Deutsche. Für sie gehöre ich nicht zu Deutschland. Am liebsten hätten sie mich schon lange abgeschoben. Und es geht nicht nur um mich. Es geht um geschätzt 12 Millionen Bürger. Freunde. Familie. Nachbarn. Kollegen. Menschen.

Während ich Angst hatte und die Sozialen Medien sowie Nachrichten mied, trieb die Wut andere Menschen in Deutschland dazu, Demonstrationen zu organisieren. Natürlich freue ich mich sehr, dass so viele Menschen, auch in Erlangen, bei klirrender Kälte auf die Straße gehen, um unter anderem auch dafür zu demonstrieren, dass ich hier bleiben darf. In München kamen mit 250.000 Menschen sogar so viele, dass die Demo abgebrochen wurde. Das rührt mich wirklich. Aber ich habe eine Frage:

Wie ist das in Einklang zu bringen mit dem Ausgang der letzten Wahlen? CSU/CDU, Freie Wähler und vor allem die AfD haben bundesweit Wahlergebnisse, von denen man in der bayerischen SPD inzwischen nur träumen kann. Und wenn wir alle ganz ehrlich mit uns sind, war uns die Gesinnung der AfD vorher schon bekannt und inzwischen ist das auch offiziell: Drei Landesverbände der AfD gelten als gesichert rechtsextrem; die 13 anderen Landesverbände interessiert das nicht.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass die Situation in Erlangen anders ist, es aber auch hier Nährboden für rechtes Gedankengut gibt (Stichwort Burschenschaften). In anderen Teilen Bayerns ist die Situation deutlich deprimierender.

Trotzdem wandelte sich durch diese Demonstrationen meine Angst in Zuversicht um, dass wir uns gemeinsam als Gesellschaft geschlossen gegen alle Rechtsextremen stellen werden und nicht zulassen werden, dass ihre menschenfeindlichen Überzeugungen uns spalten.

Als sozialdemokratische Partei sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns auch gegen diese Überzeugungen stellen, in jeglicher Form! Aber wie passt das mit manchen Worten und Taten unserer Genossen in der Ampel zusammen? Manchmal frage ich mich, was hier im Kampf gegen rechtes Gedankengut von Herzen kommt, was nur Lippenbekenntnisse und was gar Zugeständnisse sind.

Während man Olaf Scholz die letzten Tage auf Demonstrationen gegen Rechts sah, so kann ich mich noch an das Spiegelcover von vor kurzem Erinnern - sein Portrait über dem Zitat “Wir müssen endlich im großen Stile abschieben”. Wie passt das zusammen?

Und wie passt es zusammen, dass der Bundestag am 18. Januar 2024 das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ beschlossen hat? Wo beziehungsweise für wen hier eine Verbesserung stattgefunden haben soll, verstehe ich auch Tage später immer noch nicht, denn nun gilt: Bei Familien ohne Kinder unter 12 Jahren muss eine Abschiebung nicht angekündigt werden. Widerspruch- und Klage gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote haben künftig keine aufschiebende Wirkung mehr. Weiterhin hat die Polizei nun weitreichende Befugnisse bei Durchsuchungen und die maximale Dauer des Ausreisegewahrsam beträgt nun 28 Tage statt zehn. Außerdem warnen zahlreiche NGOs, dass durch dieses Gesetz Menschen, die Minderjährige aus dem Mittelmeer retten, mehrjährige Haftstrafen zu erwarten haben.

Was soll ich dazu sagen, außer dass es wie ein rechtes Wahlversprechen einer AfD von 2017 klingt? Dass dieses Gesetz von der Union und AfD abgelehnt wurde - geschenkt; gibst du ihnen den kleinen Finger, wollen sie gleich die ganze Hand, am liebsten wäre ihnen, illegal Eingereiste hätten gar kein Recht auf Asyl (Vermutlich haben sie sich von Rishi Sunak inspirieren lassen). Aber warum wurde es einstimmig mit Stimmen der SPD beschlossen? Warum gab es nur in den Reihen der Grünen Menschen, die hier ihrem Gewissen gefolgt sind und dagegen gestimmt haben?

Nun bin ich schockiert und wütend: Diese Gesetze hätten vor einigen Jahren auch mich betroffen.

Viele werden jetzt sagen, dass es hier um Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis geht. Aber so einfach ist das nicht. Menschen, die fliehen, können oft nicht einfach eine Nummer ziehen und warten, bis sie in Sicherheit sind. Und für mich sind diese Themen aufgrund meiner Lebensgeschichte noch einmal besonders stark miteinander verflochten.
Man muss sich vor Augen führen, was sich Menschen aufbürden, um nach Deutschland zu kommen, und wie wir Ihnen entgegentreten.
Diese Menschen sind sicher nicht aus einer Laune heraus eines Morgens aufgestanden, haben ihr Hab und Gut gepackt und sich auf einen ungewissen Weg gemacht, weil sie Lust auf Deutsche Bürokratie hatten, sondern weil sie verzweifelt waren.

Asyl ist ein Menschenrecht.

Jede Person hat ein faires und menschenwürdiges Asylverfahren verdient.
Niemand hat es verdient, für eine Hochzeit zum Standesamt zu gehen, nur um dann abgeschoben zu werden.
Niemand hat es verdient, nach jahrzehntelanger Duldung, mit Wurzeln hier, mit Kindern in der Schule aus dem Leben gerissen zu werden.
Niemand hat es verdient, in ein Land abgeschoben zu werden, wo aufgrund der Religion der Tod droht, so wie es bei vielen Jesiden der Fall ist.

Warum wird das Recht auf Asyl genau jetzt aufgeweicht? Verkompliziert? Verschlimmbessert?

Schlussendlich spielt das der AfD, ihren Anhängern und Sympathisanten nur in die Karten.
Was passiert, wenn ihre Macht noch mehr zunimmt? Muss sie das überhaupt, wenn wir als sozialdemokratische Partei anfangen, ihnen so große Zugeständnisse zu machen? Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, ob ich Antworten auf diese Fragen will.

Diese Woche startete ich eines Abends wieder eine Google-Suche: „Wohin auswandern wenn AfD regiert“.

DER ZWECKVERBAND UND OB ZU GAST IM VOLLEN HAUS: LASST UNS DIE STUB AUF DIE STRASSE BRINGEN!

VON LISA KAUFMANN

Herr Grosse-Verspohl vom Zweckverband Stadt-Umland-Bahn kam am 18. Januar zur KMV und informierte vor vollem Haus und vor zahlreichen interessierten Bürger:innen über den aktuellen Stand der StUB-Planungen. Im ersten Teil seines Vortrages gab er einen knappen Überblick über das Projekt und den bisherigen Verlauf und überraschte uns im zweiten Teil seiner Präsentation mit bis dahin noch unveröffentlichten Analysen zur StUB und dem korrespondierenden Busnetz. Dabei ging er besonders auf die Vorteile der Trambahnverlängerung aus Nürnberg für die einzelnen Erlanger Stadtteile ein.

Im Anschluss ordnete unser Oberbürgermeister Dr. Florian Janik das Projekt politisch ein und erläuterte die Bedeutung für die Stadtentwicklung und den Zugewinn an Lebensqualität (Stichwörter: Entsiegelung, Aufenthaltsqualität, Verkehrswende und Klimaschutz). Daneben wies er auch auf ihre schiere Notwendigkeit zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und den ansonsten dramatischen Langzeitauswirkungen auf die Mobilität der involvierten Städte und damit auch für die dort angesiedelten Unternehmen sowie die Universität hin. Weiterhin gab er Kontext zum Entschluss am 9. Juni (mit der Europawahl) den Ratsentscheid für die StUB vorzuschlagen: denn bei einem Projekt dieser Größenordnung sei erfahrungsgemäß fest mit einer Unterschriftensammlung aus der Bürgerschaft gegen das Projekt zu rechnen und damit einhergehend auch mit einer potentiell verwirrenden Fragestellung (so, wie es beispielsweise beim letzten Entscheid gewesen ist, bei dem es nur mit einem Kreuz bei "NEIN" möglich war ein "JA" für die StUB abzugeben). Mit der geplanten eigenständigen Durchführung kann die Stadt nun eine eindeutige Fragestellung formulieren.

Volles Haus bei der Kreismitgliederversammlung im Januar im Turnerband – das Thema: die aktuellen Planungen zur StUB.
Foto: privat

Genosse Peter Schmidt fasste die Veranstaltung in seinem Facebook-Post kurz und prägnant zusammen: "Sehr informative Veranstaltung zum Stand der Planungen der StUB in der Spardorfer Straße. Zusammengefasst: das schienengebundene Nahverkehrsmittel bringt einen bunten Strauß an Vorteilen, ist bezahlbar für die Stadt Erlangen und macht diese damit zukunftsfähig. Und sie sorgt für wesentlich höhere Aufenthaltsqualität in der Innenstadt bei sehr guter Erreichbarkeit auch für Einpendler und Konsumenten. Die Vorteile für den Busverkehr sind vielfältig: gewaltige Entlastung der Goethestraße von Bussen und Anbindung von Sieglitzhof zur Innenstadt durch die neue Ringlinie sind Beispiele von erfreulichen Kollateralnutzen."

Wir laden die Leser:innen hiermit herzlich ein, sich die äußerst spannenden Folien von Herrn Grosse-Verspohl anzusehen und Auszüge der Präsentation in den Distrikten zu thematisieren. Die Auswirkungen auf die Stadtteile sind wirklich spannend und verdienen Aufmerksamkeit aus allen Distrikten (ein Beispiel: da die Wöhrmühlbrücke auch für Blaulicht- und Busverkehr geöffnet wird, kann der Dechsendorfer Damm um ganze vier Buslinien entlastet werden und dies ist gerade auch für Dechsendorfer:innen relevant).

Die Präsentation ist aufzurufen unter **http://www.spd-erlangen.de/stub240118** oder via QR-Code untenstehend oder kann auf Anfrage auch vom SPD-Büro ausgedruckt zur Verfügung gestellt werden.

QR-Code zur Präsentation des Zweckverbands:

15 JAHRE IM BEZIRKSTAG – WAS BLEIBT, WAS BLEIBT ZU TUN?

VON GISELA NICLAS

Liebe Genossinnen und Genossen,

gerne hätte ich euch diesen Bericht bereits zu Weihnachten geschrieben. Krankheitsbedingt war das leider nicht möglich. Mir ist es aber wichtig, mit Blick zurück und voraus abschließend eini-ge Anmerkungen zu meiner Arbeit im Bezirkstag von Mittelfranken zu machen.

Nach 15 Jahren politischer Arbeit von 2008-2023 im Bezirkstag war für mich und für uns alle das Wahlergebnis vom 8. Oktober letzten Jahres sehr bitter:
Bayern und seine Bezirke sind deutlich nach Rechts gerückt.

Wir in Mittelfranken hatten eine hervorragende Bilanz und ein gutes Bezirkstagsprogramm; aber all das ging unter im fehlenden Rückenwind aus Berlin, durch falsche Wahlkampfstrategie der Spitze der BayernSPD und vor allem in der massiven rechtspopulistischen Agitation. Wir haben mit unserem zweistelligen Ergebnis deutlich besser abgeschnitten als die BayernSPD und mussten trotzdem einen Mandatsverlust hinnehmen. Mit 3 Sitzen rangiert die SPD jetzt hinter den AfD mit einem Zuwachs auf 4 Mandate. Trauten sich die bisherigen drei Rechtsextremisten im Bezirkstag selten aus der Deckung oder waren gar nicht anwesend, fielen die 4 Neuen gleich bei der konstituierenden Sitzung durch aggressive Redebeiträge und eine Gegenkandidatur bei der Wahl der Vizepräsidentin auf. Der neue mittelfränkische Bezirkstag umfasst 30 Mitglieder: Sitzverteilung: 11 CSU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 4 FW, 4 AfD, 3 SPD, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 ÖDP. Die Grünen, die SPD und die Linke verloren je 1 Sitz, nicht mehr vertreten ist die Partei „Die Franken“. Aufgrund des Wahlergebnisses war eine Fortsetzung des bunten Bündnisses mit dem FW-Landrat aus dem Nürnberger Land als Präsident nicht möglich. Die SPD ist eine Kooperation mit der CSU und den Grünen eingegangen. Sowohl CSU/FDP als auch Grüne/SPD/FW/Linke hätten für die Präsidentenwahl die Stimmen der AfD gebraucht.

Auch wenn die Freien Wähler zunächst die Spitzenposition erneut für sich beanspruchten, gab es schnell den **Konsens der demokratischen Parteien: Kein Demokrat, keine Demokratin macht sich von den Stimmen der AfD abhängig.** Die klare Kante gegen die Rechtsextremisten wird auch weiterhin gelten. Dieser Anspruch wurde bereits bei der Aufgabenverteilung im Bezirkstag umgesetzt. Ausschuss-Sitze konnten der AfD rechtlich nicht verweigert werden, wohl aber die Übernahme von Beauftragungen. Beauftragte unterliegen keiner gesetzlichen Vorgabe, sie sind aber hilfreiche Ansprechpartner im Auftrag des gesamten politischen Gremiums Bezirkstag für einzelne Aufgabenbereiche und bezirkliche Einrichtungen. Die breite Mehrheit der Demokratinnen und Demokraten hat die Geschäftsordnung rechtssicher geändert mit der Folge, dass die AfD keinen Zugriff auf diese Aufgaben bekam. Diese hat bereits Klage dagegen eingereicht. Wir sind gespannt auf das Ergebnis.

DIE NEUE FRAKTION HAT DIE HERAUSFORDERUNG ANGENOMMEN

Die SPD hat im Bezirkstag 2023-28 drei Mandate. Hier eine kurze Erinnerung an den Fraktions-Rundbrief vom November: Wiedergewählt wurde Sven Ehrhardt aus Roth, neugewählt wurden Magdalena Reiss aus Schwabach und Sabine Knuhr aus Nürnberg. Fraktionsvorsitzender ist Sven Ehrhardt, der seit 2022 gemeinsam mit mir eine Doppelspitze der SPD-Fraktion bildete, Stellvertreterin ist Magdalena Reiss. Sven ist neben Bezirkstagspräsident Forster (CSU) und Vizepräsidentin Christa Heckel (Grüne) weiterer Stellvertreter des Präsidenten. Er gehört dem Bezirksausschuss an, dem Verwaltungsrat der Bezirkskliniken und ist

Gisela Niclas, Bezirksrätin a.D.

Beauftragter für das Klinikum Ansbach. Magdalena ist Beauftragte für Jugendarbeit, arbeitet in den Bereichen Jugend, Sport und Partnerschaften sowie Wirtschaft, Umwelt und Liegenschaften. Sabine ist Vorsitzende des Bildungsausschusses, Beauftragte für das Zentrum für Hörgeschädigte in Nürnberg und zuständig für den gesamten Sozialbereich. Viele Aufgaben sind nun auf weniger Schultern verteilt als bisher. Im Unterschied zur bisherigen Fraktion, in der Christa, Horst und ich als „Ruheständler*innen“ mehr Zeit hatten, stehen Sven, Magda und Sabine voll im Beruf. Betreuungsbezirksrat, also SPD-Ansprechpartner für die Stadt Erlangen ist Sven. Jetzt gilt: Volle Solidarität mit der neuen Fraktion!

WAS BLEIBT AUS 15 JAHREN ARBEIT IM BEZIRKSTAG?

Das Wichtigste: **Klare Kante gegen Rechts und das Eintreten für Frieden und Völkerverständigung!** Wir haben die Partnerschaften mit Regionen in Frankreich und Polen um die Partnerschaft mit der Region Südmähren in Tschechien erweitert. Wir wissen zwar seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, dass kommunale Freundschaftsbeziehungen politische Krisen und Krieg nicht verhindern können, aber sie sind und bleiben Ausdruck unseres politischen Willens, auch in schwierigen

Zeiten aktiv für friedliche Lösungen von Konflikten über Grenzen hinweg einzutreten.

MEINE GANZ PERSÖNLICHEN WEITEREN HIGHLIGHTS:

Der mittelfränkische Behindertenrat (MBR)! Auf Antrag der SPD gibt es seit 2018 das erste Selbstvertretungsgremium von Menschen mit Behinderung auf der bezirklichen Ebene. Nicht der Bezirk beruft nach eigener Vorstellung dessen Mitglieder; die Vorschläge kommen nach Absprache mit den Behindertenräten aus den kreisfreien Städten und Landkreisen. Der MBR hat Mitsprache- und Beratungsrecht in allen Belangen, die Menschen mit Behinderung betreffen. Es hat dieses Recht in den letzten 5 Jahren sehr aktiv und erfolgreich genutzt. Schwerpunkt ist künftig die Umsetzung der personenzentrierten, d.h. individuellen Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem Bundesteilhabegesetz. **Erlangen entsendet entsprechend seiner Einwohnerzahl 2 Mitglieder und ist innovativ im MBR vertreten mit Axel Wisgalla**, Aktivist aus dem ZSL und Leiter der EUTB (gesetzlich abgesicherte „ergänzende unabhängige Teilhabeberatung"), Mittelfranken Nord **und Karl-Heinz Miederer**, Geschäftsführer a.D. von Access - Fachdienst für Inklusion im Arbeitsleben GmbH.

Fortschritt für inklusive Bildung in Regel- und Förderschulen durch Pooling von Schulbegleitung: Kurz vor dem Ende der Amtszeit des letzten Bezirkstages ist uns im September 2023 ein großer Erfolg gelungen. Aus dem Modellprojekt „Pooling von Schulbegleitung" (Antrag der SPD aus 2016) wird ab dem Schuljahr 24/25 ein Regelmodell. Damit hat die Inklusion in den Schulen künftig bessere Chancen. Für die am Modellprojekt beteiligten Erlanger Schulen, die Montessori-Schule und die Georg-Zahn-Schule der Lebenshilfe, ist bereits ab dem Schuljahr 23/24 die dauerhafte Fortführung des Poolmodells gesichert. Wir haben die „Modellplayer" hier vor Ort. Wir haben damit in Erlangen beste Chancen, zusammen mit der Lebenshilfe und Montessori die neuen Möglichkeiten aktiv umzusetzen und weiterzutragen in möglichst viele weitere Schulen.

Gedenk- und Zukunftsort Heil- und Pflegeanstalt Erlangen – Bezirk beschließt Kooperation mit Stadt und FAU: Dieser Beschluss ist nach intensiver Vorarbeit auf Initiative der SPD in der Schluss-Sitzung des letzten Bezirkstages am 26. Oktober 2023 gelungen. Bezirk, Stadt und FAU werden zusammenarbeiten. Der Bezirk wird sich im Rahmen des Gedenk- und Zukunftsprojekts **für einen neuen Lehrstuhl „disability studies"** einsetzen. Mehr dazu in einem späteren Beitrag.

Es bleibt noch viel mehr aus 15 Jahren im Bezirkstag von Mittelfranken. Das entnehmt bitte der Fraktions-Bilanz und dem Zukunftsprogramm. Auch die neue Fraktion wird sich an der Zielsetzung „Teilhabe, Gesundheit, Kultur, Natur – für Alle!" orientieren.

Nach 15 Jahren „Bezirkstag am Stück" dank durchgängig guter persönlicher Wahlergebnisse hat sich an meiner Sichtweise auf diese politische Ebene grundsätzlich nichts geändert. Nach-haltige inklusive Sozialpolitik braucht gute gesetzliche Rahmenbedingungen von Bund und Land und einheitliche Standards zur Sicherung der Gleichbehandlung. Aber: Sie muss vor Ort gestaltet werden, da wo die Menschen leben, für sie und vor allem mit ihnen zusammen. Die Gewährung von notwendigen finanziellen Hilfen und/oder Sachleistungen muss Hand in Hand gehen mit der Förderung von Teilhabe in Stadt, Stadtteil oder Gemeinde. Hier gibt es die Angebote und Strukturen, z.B. Selbsthilfeinitiativen, Nachbarschaftshilfe, soziale Verbände, Einrichtungen u.a. Dadurch wird sozialer Zusammenhalt und Hilfe zur Selbsthilfe gestärkt, damit inklusives gesellschaftliches Miteinander gelingen kann. Worauf ich stolz bin: Erlangen ist dank jahrzehntelanger SPD-Politik gut aufgestellt.

Bayern ist das einzige Bundesland, dass wichtige Teile der Daseinsvor- und Fürsorge, zum Beispiel die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Hilfe zur Pflege u.a., in die Bezirke „ausgelagert" hat. Das konnte die SPD im Bayerischen Landtag vor über 20 Jahren nicht ändern, und das wird in nächster Zukunft erst recht nicht gelingen. Das können wir beklagen oder kritisieren. Aber: Im Interesse der Menschen, deren Teilhabechancen wesentlich von den Bezirken abhängen, ist es geboten, sich dort weiterhin mit vollem sozialdemokratischem Einsatz einzubringen. Hinzu kommt, dass wir als kreisfreie Stadt in diesem Jahr 60 Millionen Euro Bezirksumlage zahlen. Das ist nach „meinen" 15 Jahren der mit Abstand höchste Beitrag, der je aus der Stadtkasse nach Ansbach überwiesen wird. Dieses Geld sollte auch künftig im Sinne unseres Politikverständnisses verwendet werden.

In den Jahren politischer Arbeit auf Bezirksebene habe ich feststellen können, dass die Intensität inklusiver Sozialpolitik in den einzelnen Städten und Landkreisen unterschiedlich entwickelt ist. Über den Bezirk können sehr wohl wichtige Impulse gesetzt werden, wenn es um das Ziel geht, für die Menschen mit Hilfebedarf regional- und landesweit gleiche Lebensbedingungen zu schaffen. Die Devise dabei muss aber sein: Neben der Gewährung von Hilfen nach einheitlichen Standards muss der Bezirk die örtlichen Strukturen unterstützen anstatt eigene zu entwickeln. An dieser Prämisse habe ich mich stets orientiert. Ein gelungenes Beispiel dafür sind die Pflegestützpunkte, die es mittlerweile fast überall in Mittelfranken gibt. Die SPD im Bezirkstag hat dafür gesorgt, dass die Städte und Landkreise selbst die Träger sind und nicht der Bezirk. Dieser unterstützt die Arbeit finanziell und personell, z.B. durch Sprechstunden.

WAS BLEIBT ZU TUN?

Wichtig ist v.a. die Umsetzung der in diesem Jahr gefassten Beschlüsse zu mehr Inklusion in der Schule und zur Kooperation von Stadt, FAU und Bezirk beim Gedenk- und Zukunftsprojekt „Hupfla“.

Ebenso wichtig ist der weitere kontinuierliche Ausbau von ambulanten Hilfestrukturen für Menschen mit seelischen oder Suchterkrankungen unter der Zielsetzung „Ausbau gemeindenaher Psychiatrie“. Die Folgen der Pandemie sind noch lange nicht aufgearbeitet, Arbeitsdruck, Vereinsamung, Angst vor Rezession, Krieg und negativen Folgen des Klimawandels setzen den Menschen sehr zu und machen viele krank. Die Netzwerke sind in den letzten 5 Jahren sehr viel dichter geworden, aber immer noch nicht ausreichend.

Die Zukunft der Bezirkskliniken muss nachhaltig gesichert werden. Bisher fanden die Privatisierungswünsche des amtierenden Vorstandes glücklicherweise keine Mehrheit in Verwaltungsrat und Bezirkstag. Ich hoffe sehr, dass das so bleibt. Das gilt besonders für das Zentrum Neurologie und Rehabilitation am Europakanal in Erlangen. Es wäre fatal, wenn dieses medizinische Versorgungsangebot mit einer hochkompetenten Chefärztin an der Spitze nur wegen finanzieller Defizite wegprivatisiert würde. Bietet es doch als einzige Klinik in der Region für Schlaganfallpatienten, Schädel-Hirn-Verletzte u.ä. nach der Akutversorgung sämtlicher Reha-Stufen wohnortnah, unter einem Dach und sozusagen aus „einer Hand“. Die Zusammenarbeit mit den Unikliniken ist auf den Weg gebracht worden und muss ausgebaut werden. Das nutzt Patient*innen aus Erlangen und dem Umland unmittelbar.

Die zentrale Führungsebene und Verwaltung der Kliniken muss weiterentwickelt werden, erst recht im Zeitalter von Digitalisierung und KI. Der Überbau ist zu groß, die Eigenständigkeit der einzelnen Standorte zu gering. Es muss doch nicht über jede Pflegekraft, jede Küchenhilfe u.a. zentral in Ansbach entschieden werden! Das können die örtlichen Klinikleitungen doch mindestens ebenso gut. Das spart Zeit und bürokratische Wege. Ob und wie der neue Verwaltungsrat mit dem bisherigen, noch aus der Nawratil-Zeit stammende Vorstand unter Beibehaltung des Führungsmodells „Doppelspitze“ weiter zusammenarbeiten will und kann, muss sehr sorgfältig überlegt werden.

Durch die Generalsanierung des Klinikums am Europakanal wird mittelfristig eine große Fläche frei. Der Bezirkstag hat bereits 2018 auf Antrag der SPD beschlossen, dass Bezirk und Stadt gemeinsam ein nachhaltiges städtebauliches Planungs- und Nutzungskonzept im Stadt-Westen erarbeiten. Mit einer schriftlichen beidseitigen Absichtserklärung ist während der Amts-zeit 2018-23 das Vorgehen konkretisiert worden. Spannend wird die „Preisfrage“ beim Erwerb bzw. der Vermarktung der freiwerdenden Grundstücke.

All das und noch viel mehr betrifft die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar oder mittelbar. Gute Gründe, auch in Zukunft genau auf den Bezirk zu schauen. Ich bin gerne bereit, euch in Absprache mit der neuen Bezirkstagsfraktion zusammen mit Sophia auf dem Laufenden zu halten.

Danke, dass ihr zu Ende gelesen habt, danke für euer Interesse, uns allen in der SPD bessere Tage in 2024

Freundschaft
Eure
Gisela Niclas

AUS „ALLIANZ-PRO-STUB“ WURDE „WIR PRO STUB“

VON LISA KAUFMANN

Aus der etablierten „Allianz-Pro-StUB“ wurde „WIR PRO StUB“. Die Initiative gibt es bereits seit 2015 und daher wurde es nun Zeit, ihr einen neuen Namen und der Webseite einen frischen Anstrich zu geben. „Wir möchten auf unserer neuen Website zeigen, dass viele Menschen wie Du und ich die StUB unterstützen. Mit WIR PRO StUB steht der positive Effekt für die gesamte Bevölkerung im Mittelpunkt.“, betont Esther Schuck, Sprecherin der Initiative. Echte Menschen wurden entlang der geplanten Straßenbahntrasse abgelichtet und stehen mit authentischen Statements hinter dem Projekt. Deshalb trifft man auf der Website **www.wir-pro-stub**.de nicht nur auf eine Neubürgerin aus Büchenbach, sondern auch auf den Präsidenten der Friedrich-Alexander-Universität, Familien, engagierte Privatpersonen oder Unternehmensvertreter:innen. Darunter sind auch einige engagierte Genossinnen und Genossen vertreten. Am besten geht man selbst auf Entdeckungsreise in der interaktiven Karte der Website: Dort kann die Trasse erkundet werden, sowie die Personen und ihre persönlichen Geschichten. Unter „Wissenswertes“ finden sich grundsätzliche Informationen knapp und leicht lesbar aufbereitet: ideal zur Weiterverteilung im Freundes- und Bekanntenkreis. Die Website vereint Fakten und Emotionen.

Esther Schuck stellt die neue Webseite und deren interaktive Streckenkarte als Kernstück vor.
Foto: WIR PRO StUB

Zahlreiche Personen entlang der Strecke verdeutlichen den großen Nutzen der StUB für die Erlanger Bevölkerung, aber auch das Umland. Die große Zahl an Firmen zeigt, dass die Stadt-Umland-Bahn von hoher Relevanz für die wirtschaftliche Zukunft Erlangens ist.

Die SPD Erlangen ist von Beginn an in der Initiative vertreten, in der sich zahlreiche Vereine, Verbände, politische Gruppierungen und Firmen zusammengeschlossen haben:

http://www.wir-pro-stub.de

Danke, dass ihr die Website zur Information nutzt und sie in euren Distrikten und auf euren Kanälen verbreitet!

Folge dem Bündnis WIR PRO StUB

auf Instagram:
https://www.instagram.com/wir-prostub/

auf Facebook:
https://www.facebook.com/WIR.PRO.StUB

auf LinkedIn:
https://www.linkedin.com/company/wir-pro-stub

RATHAUSTELEGRAMM DER SPD-STADTRATSFRAKTION ERLANGEN

DER HAUSHALT 2024: ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT

In der Stadtratssitzung am 11.01.2024 stellte der Fraktionsvorsitzende Philipp Dees die Position der SPD zum Haushalt dar. Dies ist eine Kurzversion seiner Rede:

Wir investieren mit diesem Haushalt so viel wie noch nie, und davon viel in die Zukunft unserer Stadt: Da ist natürlich die Stadt-Umland-Bahn, das Zukunftsprojekt für unsere Infrastruktur. Wir wissen, dass die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn für die großen Unternehmen in unserer Stadt, für unsere Universität und für viele andere entscheidend war bei den Investitionsentscheidungen. Bei der Stadt-Umland-Bahn geht es nicht nur um Verkehrswende und ein ökologischeres Verkehrsangebot: Es geht um die Zukunft unseres Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts.

Wer den wirtschaftlichen Erfolg Erlangens und unserer Region anstrebt, wer unseren Standort in die Zukunft führen und Wohlstand und Arbeitsplätze sichern möchte: Der bzw. die muss mit uns im Vorfeld des Ratsentscheids für die „StUB“ werben und am 9. Juni für sie stimmen.

Die Zukunft liegt aber auch und gerade bei den jungen Menschen in unserer Stadt. Deshalb investieren wir in KiTas, Horte und Krippen und führen wir das Schulsanierungsprogramm weiter. Wir brauchen ein Bildungssystem, dass jedem Kind den Weg in die Gesellschaft und in gute Arbeit ermöglicht. Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, das Projekt Stadtteilschule Büchenbach-Nord schneller voranzutreiben.

Der Kampf gegen den Klimanotstand

Es gibt einen dritten Bereich, der essenziell ist für die Zukunft unserer Stadt: Der Kampf gegen den Klimanotstand und Investitionen in die Klimaanpassung. Auch hier heißt es: Das wichtige tun. Wir müssen mit dem Wissen agieren, dass der Klimanotstand auch eine soziale Frage ist. Deshalb hat sich meine Fraktion dafür eingesetzt, das Förderprogramm für private Energiesparmaßnahmen neu aufsetzen: Ziel muss sein, Anreize dort zu setzen, wo derzeit noch zu wenig investiert wird: Das sind insbesondere Mehrfamilienhäuser, wo Menschen zur Miete wohnen.

Neben diesem Förderprogramm werden wir die Klimapolitik weiterverfolgen mit Investitionen in den ÖPNV und den Radverkehr, mit dem Ausbau städtischer PV-Anlagen, dem Austausch von Straßenleuchten und Signalanlagen. Wir stärken die Klimaanpassung durch Baumpflanzungen und Entsiegelung. Das wird sichtbar werden in einer grüneren und damit lebenswerteren Fußgängerzone. Und wir werden 2024 mit der Umsetzung unseres Musterprojekts beginnen: Der Umgestaltung des Zollhausplatzes zum Klimaplatz.

In den Zusammenhalt in unserer Stadt investieren

All diese Investitionen und Veränderungen fordern unsere Gesellschaft. Deshalb stehen wir neben den Investitionen in der Zukunft unserer Stadt in der zweiten Verantwortung, auch in den Zusammenhalt in unserer Stadt zu investieren. Dafür stehen auch die Investitionen in Orte, an denen Menschen zusammenkommen, wie die Stadtteilhäuser in Büchenbach und Eltersdorf, die Sporthalle Hartmannstraße, der Kultur- und Bildungscampus Frankenhof und vieles mehr. Zusammenhalt entsteht auch durch Kunst und Kultur, gemeinsame Freizeitgestaltung, Sport und vieles mehr.

Zusammenhalt, das bedeutet auch Sichtbarkeit. 2024 entsteht diese durch zwei große, auch von der SPD angestoßene Projekte: Das queere Zentrum, mit dem wir Sichtbarkeit, aber auch Sicherheit für die queere Community in unserer Stadt schaffen. Mit der Veranstaltungsreihe zur Vielfalt Indiens lenken wir den Blick auf die größte Gruppe von Migrant*innen, die in unserer Stadt lebt. Wir zeigen damit auch, dass Migration eine Chance und eine Bedingung für die Zukunft unserer Stadt. Denn Migration schafft neue Impulse, sichert Arbeitskräfte, bedeutet Innovation. Ohne Migration, ohne Migrant*innen wäre unsere Stadt ärmer – kulturell wie materiell.

Der Stellenplan

Mit dem Haushalt beschließen wir auch den Stellenplan. Wie immer in den letzten Jahren ist der Blick darauf ambivalent: Mit zusätzlichen Stellen für rund 3,25 Millionen Euro reizen wir die finanziellen Spielräume aus. Trotzdem schaffen wir viele Stellen nicht, von denen wir wissen, dass sie notwendig sind. In diesem Dilemma haben wir dieses Jahr eine klare Priorität gesetzt: Darauf, die Kernverwaltung zu stärken und die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben.

Wir beschließen heute vor allem einen Haushalt, der die richtigen, die wichtigen Schwerpunkte setzt. Mit dem wir entschlossen in die Zukunft unserer Stadt investieren. Mit dem wir den Zusammenhalt stärken und damit dafür sorgen, dass unsere Stadt im Wandel menschlich bleibt. Und mit dem wir so die Zukunft unserer Stadt sichern. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, auch in den kommenden Jahren Zukunft und Zusammenhalt für unsere Stadt zu schaffen.

In voller Länge können Sie die Rede auf der Homepage der Fraktion lesen.

Die Rede und auch die des Oberbürgermeisters können Sie in Kürze auf dem You-Tube-Kanal der Stadt ansehen.

Mehr zu den Anträgen zum Haushalt der SPD-Fraktion ist auf der Homepage zusammengefasst.

BÜRGERENTSCHEID ZUR STADT-UMLAND-BAHN KOMMT ZUR EUROPAWAHL AM 09.06.2024

Im Rahmen seiner Haushaltsrede hat Oberbürgermeister Florian Janik angekündigt: Er schlägt dem Stadtrat vor, den vorgesehenen Bürgerentscheid über den Bau der Stadt-Umland-Bahn am 9. Juni, dem Termin der Europawahl, durchzuführen. Es lägen nun alle notwendigen Informationen und Entscheidungen über die Trasse der Bahn vor, so dass der richtige Zeitpunkt für den Entscheid gekommen sei.

Dies unterstützt auch die SPD-Fraktion, die zugleich nochmals deutlich machte, warum sie für ein „Ja“ bei diesem Entscheid wirbt: „Die Stadt-Umland-Bahn ist es Zukunftsprojekt für unsere Infrastruktur“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Für viele Unternehmen in unserer Stadt – gerade auch, aber bei weitem nicht nur Siemens –, für unsere Universität und viele weitere war die ‚StUB‘ entscheidend für ihre Investitionsentscheidungen. Die großen Unternehmen in Herzogenaurach warten darauf, endlich eine zeitgemäße Erschließung mit dem öffentlichen Verkehr zu haben. Bei der Stadt-Umland-Bahn geht es daher nicht nur um ein Verkehrssystem, es geht nicht nur um Verkehrswende und ein ökologischeres Verkehrsangebot: Es geht um die Zukunft unseres Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts. Dafür heißt es am 9. Juni mit ‚Ja‘ zu stimmen!“

Informationen zur Stadt-Umland-Bahn und wichtige Argumente finden Sie auf der Homepage der Initiative „Pro StUB“, in der sich zahlreiche Organisationen zusammengeschlossen haben. Dort können Sie sich auch melden, wenn Sie die Kampagne für die Stadt-Umland-Bahn unterstützen möchten.

WERTSCHÄTZUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT

Auch in Erlangen und dem umliegenden Landkreis sind die letzten Entscheidungen der Bundesregierung zu Subventionen für Bauernhöfe diskutiert wurden. Bei Mahnfeuern in Hüttendorf und Eltersdorf sind Oberbürgermeister Florian Janik, Bundestagesabgeordnete Martin Stamm-Fibich und SPD-Stadtrat Munib Agha mit Landwirt:innen ins Gespräch gekommen. Es wurde deutlich, dass die Änderungspläne zur KFZ-Besteuerung in der Region eine deutlich größere Belastung dargestellt hätten als die zum Agrardiesel. Die Gespräche an dem Abend verliefen konstruktiv und friedlich.

Foto: privat

Auf der Demonstration auf dem Rathausplatz am 08.01.2024 wurden u.a. Florian Janik und Martina Stamm-Fibich gebeten zu sprechen. Dem kamen beide nach. Janik bedankte sich für die demokratischen Proteste und Gespräche. Er verwies darauf, dass diese Hebel der Demokratie bereits gewirkt haben, denn die Pläne zur KFZ-Besteuerung wurden bereits zurückgenommen. Weiter verwies es darauf, dass das Kernproblem nicht darin liegt, wem welches Geld weggenommen wird, sondern es in der Art und Weise der Schuldenbremse liegt. Er betonte: „Die Landwirtschaft braucht Wertschätzung und unsere Gesellschaft die Bereitschaft für regionale Produkte auch angemessene Preise zu bezahlen.“

Sowohl Stamm-Fibich als auch Janik machten deutlich, wie wichtig demokratische Prozesse und Proteste sind. Einer versuchten Vereinnahmung durch Personen mit deutlich anderen Interessen wurde auch von Seiten des Kreisobmann des Bauernverbandes, Robert Ort, deutlich entgegengetreten.

Stamm-Fibich berichtete von Gesprächen mit Landwirt:innen, die bereits im Dezember stattgefunden haben: „Ich kann zuhören und das tue ich gern, deswegen habe ich in den letzten Wochen mit vielen Betroffenen gesprochen, habe Schicksale gehört und die Sorgen, die zu diesen Schicksalen gehören. Ich verstehe, dass es Ihnen um existenzielle Sorgen geht.“ Als Vorsitzende des Petitionsausschusses im Bundestag hat sie in die Wege geleitet, dass eine Petition zur Beibehaltung der Agrardieselrückvergütung und der KfZ-Steuerbefreiung für Land- und Forstwirte bereits vor Ablauf der Mitzeichnungsfrist beraten wird.

VERANSTALTUNGSREIHE „VIELFALT INDIENS“ – SPD-ANTRAG ERFOLGREICH UMGESETZT

Um in Erlangen die Wahrnehmung der facettenreichen Kultur Indiens und Begegnungen mit der wachsenden indischen Community fördern, hatte die SPD-Stadtratsfraktion die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit Vertreter*innen der Community Veranstaltungen anzubieten und dafür Haushaltsmittel beantragt. Das Ergebnis ist ein umfangreiches und sehr vielseitiges Programm in den Monaten Januar bis Juli, zu dem auch eine Broschüre erschienen ist. Die einzelnen Angebote reichen von gemeinsamem Kochen über verschiedene kulturelle Veranstaltungen wie Tanzworkshops oder Filmen bis hin zu Vorträgen zur Situation der Frauen in Indien. Besondere Höhepunkte stellen die Feste wie das Erntedankfest am vergangenen Sonntag, das in Indien regional un-

ter unterschiedlichen Bezeichnungen (Makar Sankranti, Pongal bzw. Lohri) gefeiert wird, oder das traditionelle Musik- und Tanzfestival „Aikyam“ am 11. Mai, dar.

„Uns liegt viel daran, die wachsende indische Bevölkerungsgruppe in Erlangen, die inzwischen fast 4000 Menschen umfasst, mit ihrem kulturellen Reichtum und den unterschiedlichen gesellschaftlichen und religiösen Aspekten öffentlich sichtbar und erlebbar zu machen“, erklärt Barbara Pfister, Sprecherin für Diversity. „Nachdem die indische Community in den letzten Jahren ihre Offenheit und ihr Interesse an Austausch und Begegnung sehr großzügig demonstriert hat – z. B. mit der Einladung zu großen Festen auf dem Rathausplatz – ist es nun angemessen, dass die Stadt sich daran beteiligt. Wir danken der indischen Community und den beteiligten städtischen Ämtern für die hervorragende Umsetzung unserer Anregung. Die verschiedenen Veranstaltungen zeigen deutlich, dass die indische Community eine enorme Bereicherung für unsere Stadt bedeutet.“

Impressionen vom Eröffnungsabend am 14.01.2024

Es lohnt sich, in das Programm der Veranstaltungsreihe hineinzusehen.

ZUKUNFT, SOZIALER ZUSAMMENHALT UND KLIMASCHUTZ: DIE SCHWERPUNKTE DER SPD-FRAKTION

VON DR. PHILIPP DEES

Auch für den Haushalt 2024 setzt die SPD-Fraktion klare Schwerpunkte: Investitionen in Erlangens Zukunft, sozialer Zusammenhalt und Kampf gegen den Klimanotstand. Vieles davon berücksichtigt der Verwaltungsentwurf bereits, mit ihren Anträgen hat die SPD-Fraktion sie nochmals gestärkt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Philipp Dees bei seiner Rede zum Haushalt im Erlanger Stadtrat am 11.01.2024.

Erlangen ist derzeit wirtschaftlich sehr erfolgreich. Damit das so bleibt, muss die Stadt in die Zukunft investieren. Zu diesen Zukunftsinvestitionen gehören die fast 20 Millionen Euro für die Schulen in der Stadt, darunter über 7 Millionen für die Berufsschule - damit dort unsere künftigen Arbeitskräfte hervorragend ausgebildet werden können. Die knapp 15 Millionen für unsere KiTas sind eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Unsere Infrastruktur müssen wir fit machen und investieren hier fast 16 Millionen. Davon sind rund 5 Millionen für die Stadt-Umland-Bahn, die das Zukunftsprojekt für unseren Standort ist: Gerade erst hat Siemens im Stadtrat deutlich gemacht, dass ihre Milliardeninvestitionen in Erlangen damit verknüpft sind, dass Erlangen mit der StUB ein modernes, attraktives öffentliches Verkehrssystem schafft.

Die Folgen von Corona, die Energiepreiskrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine, die zuletzt hohe Inflation gerade bei Lebensmitteln haben die soziale Zuspitzung auch in unserer Stadt nochmal verstärkt. Es ist auch Aufgabe der Verwaltung, dafür zu sorgen, dass unsere Stadtgesellschaft weiter zusammenhält und gerade den Kampf gegen Armut zu verstärken. Deshalb werden wir im kommenden Jahr viele Vorhaben unterstützen, die konkret in den Stadtteilen Menschen zusammenbringen, beraten und in Notlagen unterstützen. Ein konkretes Beispiel ist die von der SPD beantragte „Stärkung von Nachbarschaftsnetzen im Quartier“, mit der Initiativen vergleichbar zum Seniorennachbarschaftsbüro der Malteser in der Sebaldussiedlung, „Altstadt trifft Burgberg“ oder dem AWO-Stadtteilprojekt in Büchenbach entwickelt werden sollen.

Außerdem werden auch auf Antrag der SPD die Zuschüsse für zahlreiche Organisationen in der Stadt angehoben, die für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt wichtig sind – neben dem Sozial- und Jugendbereich auch bei Kultur, Soziokultur und Sport, denn hier kommen Menschen zusammen.

Der Klimawandel ist weiterhin eine der größten Herausforderungen für die Stadt. Für die SPD-Fraktion ist dabei wichtig, Maßnahmen anzugehen, die konkret und messbar zu CO2-Einsparung führen. Das ist natürlich die weitere Planung der Stadt-Umland-Bahn. Der Bau städtischer PV-Anlagen wird ebenso vorangetrieben wie der Umbau der Straßenbeleuchtung und Ampeln auf LED – hier hat die SPD beantragt, den Ansatz nochmals aufzustocken, um schneller voranzukommen. Und die vielen Sanierungsmaßnahmen gerade bei Schulen und KiTas dienen über die Reduzierung des Energieverbrauchs immer auch dem Klimaschutz.

Neben diesen drei großen Schwerpunkten hat die SPD noch einige weitere Projekte angestoßen, die für die Vielfalt unserer Stadt stehen: So wird 2024 ein Queeres Zentrum geschaffen, um für die LGBTIQ*-Community eine sichere und sichtbare Einrichtung in der Stadt zu schaffen. Eine Veranstaltungsreihe soll Inder*innen und ihre vielfältige Kultur sichtbar machen – die Inder*innen sind mittlerweile die größte Gruppe von Migrant*innen in unserer Stadt. Die Stadtteile werden gestärkt mit den Planungen zur Umgestaltung der Heuss-Anlage in der Sebaldussiedlung, des Egidienplatzes in Eltersdorf und besonders auch mit der Weiterentwicklung der Mönauschule in Büchenbach zur Stadtteilschule.

Zusammenfassend: Der Haushalt 2024 wird wieder eine sozialdemokratische Handschrift tragen. Er steht für eine erfolgreiche, soziale, ökologische und vielfältige Stadt und für ein lebenswertes Erlangen.

KURS HALTEN TROTZ SCHWIERIGER HAUSHALTSLAGE – NEUER REKORD BEI ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Auch wenn der Haushalt nicht mehr so rosig aussieht wie in den vier Jahren zuvor, bleibt der Stadt genügend Spielraum, um weiterhin Schulen zu sanieren, neue Kitas zu bauen und in den Klimaschutz zu investieren. Die Einnahmen bleiben auf hohem Niveau, so dass wir die aufgrund der Inflation stark angestiegenen Baukosten – allein bei den großen Baumaßnahmen sind es für 2024 Mehrkosten in Höhe von 19,5 Millionen Euro – dennoch schultern können. 2022 konnten dank Einmaleffekten insgesamt 198 Millionen Euro Gewerbesteuer eingenommen werden. Stand jetzt sind es für das aktuelle Jahr 205 Millionen Euro und damit 25 Millionen mehr als erwartet. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 rechnet die Kämmerei mit Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 220 Millionen Euro.

Im kommenden Jahr wird das Investitionsvolumen bei 112,7 Millionen Euro liegen und damit zum ersten Mal über der 100-Millionen-Euro-Grenze. Grund für das hohe Niveau ist, dass die Stadt sich für das kommenden Jahr vorbehalten möchte, ein größeres Gebäude zu erwerben.

Davon abgesehen werden
- 14,3 Millionen Euro in Kitas und Jugendeinrichtungen,
- 16,3 Millionen Euro in den Straßen-, Fahrradwege-, Brückenbau und in die Planung der StUB,
- 19,2 Millionen Euro in Schulen,
- 19,3 Millionen Euro in den Kultur- und Freizeitbereich investiert.

Trotz der hohen Investitionsausgaben werden wir weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Bleiben die Baukosten allerdings weiterhin auf sehr hohem Niveau, werden wir in den kommenden Jahren stärker priorisieren müssen, welche neuen Maßnahmen wir im Investitionshaushalt noch aufnehmen können.

ÜBERSICHT DER ANTRÄGE

Viele Haushaltsposten waren bereits im Verwaltungsvorschlag enthalten und werden von uns ausdrücklich unterstützt. Hervorheben möchten wir diese:
- Grünes S.O.f.A. e.V.: Zuschuss von 29.000 € für 2024
- HIPPY-Projekt: Zuschuss von 98.000 € für 2024
- Kreuzung Am Europakanal/ Dorfstr.: 100.000 € für 2024
- Zuschüsse für Anschaffung privater Lasten-e-bikes: 150.000 € für 2024
- Errichtung Photovoltaikanlagen an städtischen Gebäuden: 400.000 € für 2024
- Baumpflanzungen, Entsiegelungsmaßnahmen: 450.000 € für 2024
- Bushaltestellen (Barrierefreiheit): 820.000 € für 2024

Wie oben beschrieben, haben wir zusätzlich zum Verwaltungsvorschlag Gelder beantragt. Hier eine Auswahl dieser:
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Schulprojekte: 5.000 €
- Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln: 5.500 €
- Reinigung und Pflege der Parklets: 7.000 € für 2024
- Sozialbericht Info und Beteiligung: 10.000 €
- Radabstellanlagen an Schulen: 10.000 € für 2024
- Climate Connect, einmalig: 15.000 € für 2024
- Heimat- und Geschichtsverein, Baukostenzuschuss Stadtforscherhaus, einmalig: 15.000 €
- Planung der Neumöblierung der Kinder- und Jugendbibliothek: 20.000 €
- Rikschaprojekt Büchenbach (mit Sperre): 20.000 €
- One Stop Shop, Klimaaufbruch: 20.000 € für 2024
- Safe Space Bergkirchweih, u.a. Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche 22.100 €
- AWO ER(H) – Betreuung von Menschen mit Fluchterfahrung und vulnerable Gruppen: 26.000 €
- Machbarkeitsstudie Hannah-Stockbauer-Halle: 30.000 €

- Stationäre Geschwindigkeitstafeln: 30.000 € für 2024
- Theodor-Heuss-Anlage, Neugestaltung: 40.000 € für 2024
- Durchführung Veranstaltungsprogramm zur Vielfalt Indiens 2024: 50.000 €
- Anschaffung mobile Spielplatzcontainer: 60.000 €
- Kreuzung Gebbertstraße/Hofmannstraße, Umbau für Radverkehr: 200.000 € für 2024
- Erneuerung Spielplatz Junkerstraße: 50.000 € für 2024 und 150.000 € für 2025
- Abenteuerspielplatz Taubenschlag, Generalsanierung: 80.000 € für 2024 und 80.000 € für 2025

Neue Fördermittel beantragt haben wir u. a. für

- Treffpunkt e.V.: 5.100 €,
- Graffiti- & StreetArt-Offensive: 5.500 €,
- Erlanger Triathlon mit Zieleinlauf im Schlossgarten: 10.000 €,
- Stärkung von Nachbarschaftsnetzen im Quartier: 50.000 €,
- Queeres Zentrum 75.000 €.

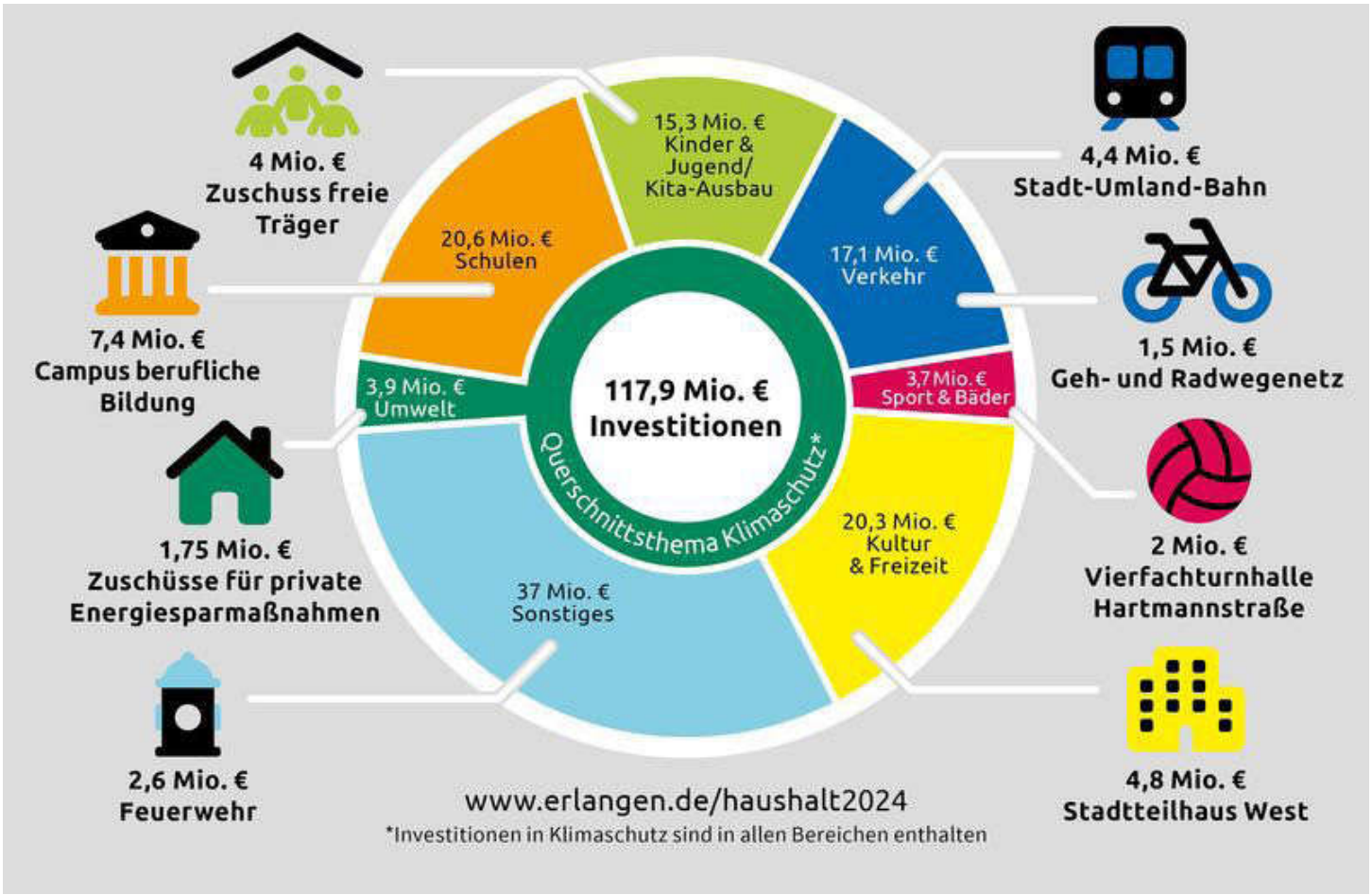
Zuschusserhöhungen beantragt haben wir u. a. für die Aidshilfe, die Schuldner*innenberatung der Caritas, den Stadtjugendring, den Sozialtreff Erlangen, das Frauenhaus, für die Musikförderung, den Kunstverein, Brücken e.V., die Diakonie Erlangen und das Frauenzentrum.

Zu folgenden Punkten hat die SPD-Fraktion ergänzende Anträge zur Umsetzung durch die Verwaltung gestellt:

- Amt 23: Unterstützung der Anlaufstelle „Safe Space“ (Bergkirchweih)
- Amt 31: „Die Stadt schenkt Dir einen Baum“
- Amt 41: Einmalige Förderung des „Stadtforscherhauses“
- Amt 41: Förderung des Projekts „Rikscha Büchenbach“
- Amt 47: Street Art in den Stadtteilen in Kooperation mit der GEWOBAU – Kunst im öffentlichen Raum
- Amt 61: Kontrolle und Säuberung Parklets in der Inneren Brucker Straße

Alle Anträge, die die SPD-Fraktion Erlangen zum Haushalt 2024 gestellt hat, finden Sie auf der Homepage der Fraktion unter:

https://www.spd-fraktion-erlangen.de/tag/haushalt/



KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zur nächsten

Kreismitgliederversammlung
am 22. Februar 2024, um 20 Uhr, bei der SpVgg Erlangen,
Kurt-Schumacher-Str. 11, 91054 Erlangen,
ein.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung der Neumitglieder
2. Aktuelles
3. Thema: Frieden durch Städtepartnerschaften mit Referent Tobias Ott
4. Anträge
5. Berichte aus Fraktion, Distrikten, AGs sowie Stadtteil- und Ortsbeiräten
6. Sonstiges

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Munib Agha Sandra Radue

GRUNDRECHTSVERWIRKUNG GEGEN VERFASSUNGSFEINDE

VON GERHARD CARL

Neben einem Parteiverbot auf Landes- oder Bundesebene ist die „Grundrechtsverwirkung“ nach Artikel 18 des Grundgesetzes eine gezielte Maßnahme gegen einzelne Verfassungsfeinde (Beispiele: AfD-Landespolitiker in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen). Die Grundrechtsverwirkung wurde thematisiert von der ehemaligen Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff sowie Prof. Dr. Heribert Prantl, ehemaliges Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Honorarprofessor für Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld.

Die Grundrechtsverwirkung beinhaltet, dass demjenigen die Inanspruchnahme einzelner Grundrechte entzogen werden kann, der diese „zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung missbraucht“.

Ein Antrag auf Verwirkung der Grundrechte kann vom Bundestag, von der Bundesregierung oder von einer Landesregierung gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über Ausmaß und Dauer der Verwirkung. Darüber hinaus kann auch das Wahlrecht, die Wählbarkeit und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt werden (§ 39 Abs. 2 des Bundesverfassungsgerichtgesetzes, BVerfGG). Und genau dies muss geschehen, damit rechtsradikale und rechtsextreme Politiker nicht unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zerstören können.

Es ist daher höchste Zeit vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, dass die Bundesregierung oder eine SPD-geführte Landesregierung aktiv wird und beim Bundesverfassungsgericht gegen Verfassungsfeinde einen Antrag auf Grundrechtsverwirkung nach Artikel 18 GG stellt.

GERINGVERDIENER HABEN EINE GERINGERE RENTE, DIE ZUM LEBEN KAUM AUSREICHT

VON STEFAN BARTH

Deutschlands Arbeitgeber plädieren dafür, über eine längere Lebensarbeitszeit in Deutschland nachzudenken, weil unsere jetzige Finanzierung für die Altersvorsorge keine Zukunft hat. Das Verhältnis zwischen Leistungsempfängern und Einzahlern gerate immer mehr aus dem Gleichgewicht, insbesondere, wenn die in den 60er Jahren geborenen Babyboomer in Rente gehen. Es werden dann noch mehr Arbeitskräfte und Facharbeiter fehlen.

Bei einer Altersrente empfiehlt die Deutsche Rentenversicherung, den Antrag rund drei Monate vor dem geplanten Rentenbeginn zu stellen. Der Rentenanspruch wird dann geprüft. Aber niemand ist verpflichtet, mit Erreichen des regulären Regelrentenalters einen Rentenantrag zu stellen. Ohne Rentenantrag wird auch keine Rente gezahlt. Stattdessen ist eine Weiterarbeit – soweit sie arbeits- und tarifvertraglich zugelassen ist – bis weit über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus möglich.

Mit Vollendung des 63. Lebensjahres besteht nun die Möglichkeit, zusätzlich zum Bezug der Altersrente Einkünfte aus einem Arbeitsverhältnis zu erzielen. Die Arbeitsvergütung ist und bleibt vollumfänglich anrechnungsfrei, die Rente bleibt also ungekürzt. So könnte auch der Mangel an Arbeitskräften und Fachkräften abgemildert werden. Die Arbeitgeber können ihre Mitarbeiter nicht ab einem bestimmten Alter in „Zwangsrente“ schicken, außer es bestehen vertragliche Rahmenbedingungen, die den Verrentungsprozess definieren. Eine gesetzlich vorgegebene Pflicht, überhaupt in Rente gehen zu müssen, gibt es nämlich nicht. Die Zahl der Rentner, die später als regulär vorgesehen in den Ruhestand gehen, steigt nach Daten der Deutschen Rentenversicherung seit Jahren stetig an, weil länger arbeiten auch eine höhere Rente ergibt. Ein vorzeitiger Rentenbeginn bedeutet dauerhaft finanzielle Einbußen. Wer vor der Regelaltersgrenze in Rente gehen möchte, muss mit hohen Einbußen rechnen. Für jeden Monat, den man früher in Rente geht, werden 0,3 Prozent von der Rente abgezogen, pro Jahr 3,6 Prozent. Für alle vor 1947 Geborenen gilt eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Für alle Jahrgänge zwischen 1947 und 1963 steigt die Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre an (einen beziehungsweise zwei Monate mehr pro Jahr). Für Personen, die ab 1964 geboren sind, liegt die Regelaltersgrenze bei 67 Jahren.

Die Lebensarbeitszeit in Deutschland ist nach einer neuen Studie so kurz wie in keinem anderen EU-Land außer Luxemburg. Wie das Münchner Roman Herzog Institut errechnet hat, haben Arbeitnehmer in Deutschland im Laufe ihres Lebens im Schnitt geschätzte 52.342 Stunden gearbeitet. Die meiste Zeit mit Arbeit verbrachten lt. Studie die Einwohner Estlands mit geschätzten 71.331 Stunden.

Anlass für die Studie waren die Diskussionen um Fachkräftemangel, Vier-Tage-Woche und die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Bei reiner europaweiter Betrachtung der Jahrzehnte, die ein Mensch durchschnittlich arbeitet, liegt Deutschland mit 39,3 Jahren im oberen Drittel. Am längsten arbeiten die Isländer mit 45,4 Jahren, im EU-Schnitt 36,5 Jahre, am kürzesten die Rumänen mit 31,5 Jahren.

Aber „der Ruf einer Erhöhung des Rentenalters bereitet vielen Menschen Sorgen, weil sie es nicht schaffen, bis zur abschlagsfreien Rente durchzuhalten“, sagt der Referent für Alterssicherung beim Sozialverband VdK Deutschland. Dazu gehören Dachdecker, Pflegekräfte, Lagerarbeiter, Paketboten, Kassen- und Kitapersonal, also die Berufsgruppen, die ohnehin wenig verdienen. Ihnen drohen bei späterem Eintrittsalter Abschläge beim Rentenanspruch und damit Armut im Alter, weil sie gesundheitlich nicht bis zum Schluss durchhalten können.

Das deutsche Rentensystem steht vor großen Herausforderungen, weil es immer weniger Einzahler und mehr Rentenbezieher gibt. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes waren 1950 zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland 65 Jahre und älter, 2021 lag der Anteil bei 22 Prozent. 1950 wurden gut 1,1 Millionen Kinder geboren, 2022 aber nur rund 739.000. Die Rentenbezugsdauer hat sich in den letzten 60 Jahren annähernd verdoppelt. Während in den 1950-er Jahren sechs Menschen im Erwerbsalter für einen Rentner aufkamen, sind es derzeit noch drei. Wo leben die meisten deutschen Rentner im Ausland?

Es gibt auch rund 260.000 Deutsche, die ihren Lebensabend mit einer gesetzlichen Rente aus der Heimat in einem anderen Land verbringen. Die meisten von ihnen, insgesamt knapp 28.000, leben in Österreich, rund 26.000 in der Schweiz und 22.000 in Spanien. Im Ausland leben, eine neue Kultur erkunden und dennoch keine Fremdsprache lernen müssen – nicht nur deshalb wandern viele Deutsche nach Österreich und die Schweiz aus. Der Alpenstaat hat Städte, die neben Kultur und Prunk auch beeindruckende Landschaften und eine hohe Lebensqualität bieten.

Der gesetzliche Krankenversicherungsschutz bleibt auch bei längeren Aufenthalten im EU-Ausland bestehen. Die Leistungen richten sich aber nach den Bestimmungen des Ziellandes. Außerhalb der Europäischen Union erlischt in der Regel der gesetzliche Krankenversicherungsschutz mit der Verlegung des Wohnsitzes.

In welchem Land lebt man als deutscher Rentner am günstigsten?

Im Vergleich zu Deutschland ist das Preisniveau in den Ländern Türkei (-62 Prozent), Nordmazedonien (-51 Prozent) und Rumänien (-46 Prozent) am günstigsten (Stand: August 2022). Aber auch in Malta (-23 Prozent), Griechenland (-20 Prozent) oder Portugal (-18 Prozent) lässt es sich deutlich günstiger leben.

Wie hoch ist die Rente, wenn man nie gearbeitet hat?
Aber es bleibt dabei: Wer nie gearbeitet hat, bekommt auch keine Rente. Auch wer Sozialhilfe bekommen hat, kann nicht auf eine Rente zählen. Der Staat übernimmt bei Arbeitslosigkeit zwar die Krankenversicherung, nicht aber die Rentenversicherung. Deswegen bleibt im Alter dann nur noch die Grundsicherung.

Wie gut sind Deutschlands Renten im Vergleich mit anderen Ländern?
Regelmäßige Auswertungen der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen, wie das deutsche Rentensystem im Vergleich mit anderen Ländern abschneidet. Die Untersuchung listet für alle Industrienationen und ausgewählte Entwicklungsländer auf, wie sich die tatsächlich gezahlte Bruttorente im Vergleich zum Durchschnittseinkommen verhält. Dabei wird auch zwischen verschiedenen Einkommensgruppen unterschieden.

- Mit 41,5 % (berechnet für den männlichen Durchschnittsverdiener) schneidet das deutsche Rentensystem im Vergleich unterdurchschnittlich ab. Im OECD-Schnitt sind es 51,8 %, wobei auch verpflichtende private Vorsorge einberechnet ist.
- Vorne im Ranking: Dänemark mit 80 %, gefolgt von Luxemburg (76,6 %), Portugal (74,9 %), Italien (74,6 %) und Österreich (74,1 %). Für Frankreich liegt der Wert bei 60,2 %. Die Werte geben nicht an, wie viel Rente im Ausland gezahlt wird, sondern das Verhältnis zum Durchschnittsverdienst in dem jeweiligen Land.
- Schlechter als in Deutschland sieht es beispielsweise in den USA (39,2 %), Japan (32,4 %), Polen (30,7 %) oder Irland (29,7 %) aus.

Eine deutliche Mehrheit von 63,4 Prozent der Erwerbstätigen würde gerne nicht länger als bis 63 Jahre arbeiten. 36,6 Prozent würde gar schon mit 61 oder früher aufhören. Besonders ausgeprägt ist der Wunsch früher aufzuhören unter 2500 Erwerbstätigen bei Ledigen und Personen ohne beruflichen Abschluss.

52 Prozent der Arbeitnehmer, die zur betrieblichen Altersvorsorge (BAV) befragt wurden, erwarten deutliche Einbußen bei der Altersvorsorge. 37 Prozent gaben an die BAV als wichtiger anzusehen als im Vorjahr. Gleichzeitig zahlen aber zehn Prozent weniger Beiträge ein. 19 Prozent älterer Arbeitnehmer mit geringem Bruttoeinkommen, die eine geringe Rente zu erwarten haben, müssten in die BAV mehr einzahlen.

Ein höheres Renteneintrittsalter wird auch, so viel kann man jetzt schon sagen, negative Folgen für die Gesundheit der Rentner haben. Ist das Arbeiten bis 70 oder noch länger die einzige Alternative? Sind alle Möglichkeiten ausgeschöpfte? Die Diskussion um das Renteneintrittsalter muss und wird weitergehen. Dabei lohnt sich ein Blick auf die Rente in unseren Nachbarländern.

AUFGESPIESST...

ZUR NEUGRÜNDUNG VON SAHRA WAGENKNECHTS PARTEI

VON MONIKA KATH-KELLING

Nach meiner Einschätzung stehen für die Wagenknechtpartei ein Gutteil ehemaliger und „bis vor Kurzem noch“-SPD-Wähler bereit. Selbst bei vielen langjährigen Mitgliedern rumort es stark. Düsseldorfs Ex-OB Geisel, der „Verräter“, wird kein Einzelfall bleiben, sondern ein umfassenderes Phänomen werden, wenn sich in den nächsten Monaten Erfolge bei der Wagenknecht-Partei abzeichnen. Die Gruppe der Mitglieder an der SPD-Basis, die Mehr Diplomatie wagen möchten, die Waffenlieferungen in Krisen und Kriegsgebiete strikt ablehnen, somit auch weitere Waffenlieferungen in die Ukraine, die gerne Deutschland als Unterzeichner des Atomwaffenverbotsvertrags sähen, die – kurz gesagt – Sicherheit MIT Russland nicht gegen Russland anstreben, die die außen- und geopolitische Rolle der USA kritisch sehen, die Aufklärung zu den Vorfällen um NordStream2 wünschen ... ist beachtlich. Das Narrativ der „Verräter“ in den eigenen Reihen wird aber von der Parteiführung konsequent und durchaus mit harten Bandagen auch gegen lange verdiente Genossen durchgedrückt. Somit wird der Vorteil einer „parteiinternen Reichweite“ immer kleiner und der Druck, sich von der Partei SPD abzuwenden, immer größer. Meiner Einschätzung nach könnte die alte Tante SPD im Jahre 2024 durchaus ins Koma rutschen.

RENTEN IN UNSEREN NACHBARLÄNDERN

VON STEFAN BARTH

Die Österreicher werden wegen der Rente von Deutschen beneidet, weil die Rente nicht nur wesentlich höher ist, sondern es auch darüber kaum Diskussionsbedarf besteht. In Österreich heißt die Rente Pension. In Deutschland erhalten nur Beamte eine Pension, Angestellte etwa zahlen in die gesetzliche Rente ein. Und vielen Selbstständigen steht dieser Schritt frei. Renteneintrittsalter: Das Regelpensionsalter liegt in Österreich bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer. Die Altersgrenze für die Regelaltersrente ohne Abschläge wird bis 2031 in Deutschland schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Angefangen mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze bis 2023 um jährlich einen Monat angehoben. Sind Sie beispielsweise Jahrgang 1956, können Sie mit einem Alter von 65 Jahren und zehn Monaten in Rente gehen. Ab 2024 wird die Altersgrenze beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1959 in 2-Monats-Schritten angehoben.

Die gesetzliche Rente in Österreich ist das Herzstück des Systems 22,8 Prozent fließen vom Bruttoeinkommen seit 1988 dahin. Der Arbeitgeberanteil beträgt dabei 12,55 Prozent, der Arbeitnehmeranteil 10,25 Prozent. In Österreich zahlen fast alle in die gesetzliche Rente ein. Selbstständige und Beamte seien als Zahler in die Rentenversicherung einbezogen worden. Das hätte man in Deutschland auch gerne, dass alle Versicherten einzahlen. In Österreich liegen die Altersrenten im Schnitt 55 Prozent höher als in Deutschland. Warum ist in Österreich die Rente so hoch? Ein ausschlaggebender Grund für das hohe Rentenniveau: Der Rentenbeitragssatz ist in Österreich erheblich höher: Er liegt bei 22,8 Prozent des Bruttogehalts. In Deutschland liegt er bei nur 18,6 Prozent. Dazu kommt ein wichtiger Unterschied: Österreich hat eine Erwerbstätigenversicherung. D.h. Das Leistungsziel der österreichischen gesetzlichen Rentenversicherung lässt sich mit der Formel 80/45/65 zusammenfassen: 80% Bruttoersatzrate bei 45 Versicherungsjahren und Renteneintritt mit 65 Jahren. Die österreichische Rentenversicherung kann heute als Erwerbstätigenversicherung bezeichnet werden.

Die Renten in der Republik Österreich sind deutlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2017 lag die monatliche Durchschnittsrente in Österreich bei 1.231 € und diese wurde 14-mal ausgezahlt. In Summe kamen 2017 somit 1.436 € im Monat auf die Konten der Rentner. In Deutschland lag diese bei 909 €.

Wie wird die Rente in Österreich ausgezahlt?

Renten werden 14-mal jährlich, monatlich im Nachhinein ausbezahlt. Zu den in den Monaten April und September bezogenen Renten, gibt es je eine Sonderzahlung in der Höhe der in diesen Monaten gebührenden Rente, d.h. in diesen Monaten wird die Rente doppelt ausbezahlt.

So erhielt ein männlicher Neurentner 2018 in Österreich mit 2.174 Euro eine im Durchschnitt rund 80 Prozent höhere Rente als ein neuer Ruheständler in Deutschland (1.199 Euro). Bei den Frauen seien es fast 60 Prozent (822 zu 1308 Euro), so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Auch bei den Mini-Renten stehen die Österreicher besser da: Nach 30 Beitragsjahren gibt es eine Grundrente von 1.114 Euro. In Deutschland ist eine Grundrente von etwa 880 Euro nach 33 Beitragsjahren beschlossen worden, aber noch nicht in Kraft getreten.

Die Ergebnisse zeigen somit, dass Österreich sich dank seiner besseren Politik über lange Zeit wirtschaftlich besser entwickeln konnte als Deutschland und dabei auch noch ein deutlich höheres Absicherungsniveau im Rentensystem erzielt

Beziehen Sie eine österreichische Pension und haben Sie Ihren ständigen Wohnsitz in Österreich, so sind Sie grundsätzlich in der österreichischen Krankenversicherung versichert. Der Beitragssatz beträgt 5,1 % der Bruttopension.

In der Rentendebatte wird Österreich oft als strahlendes Vorbild für Deutschland genannt, weil die Altersbezüge in der Alpenrepublik deutlich höher ausfallen als hierzulande.

Fragt man, wo in Europa das Renteneintrittsalter am höchsten und wo am niedrigsten ist, dann ergibt sich folgendes Bild: In Island und Norwegen ist das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren aktuell am höchsten. In der Türkei ist das Renteneintrittsalter im europäischen Vergleich am niedrigsten. Dort dürfen die Menschen schon mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen. (Stand 27.07.2023).

WER ZAHLT DIE RENTE IN DÄNEMARK?

Zusätzlich zur Folkepension ist es in Dänemark üblich, über die Arbeit in eine private Rente einzuzahlen. Hier gelten die vereinbarten Tarifverträge, wo die Rente normalerweise 12-15 % ausmacht. Hiervon bezahlen die Arbeitgeber in der Regel 2/3, während die Arbeitnehmer 1/3 zahlen.

In Dänemark ist die öffentliche Altersrente pro Monat vor Steuern:

Für Alleinstehende:

Grundbetrag	6.694 DKK
Zulage	7.745 DKK
Insgesamt:	**14.439 DKK**
	(1934,82 €/Person)

Für Verheiratete/in ehelicher Gemeinschaft Lebende:

Grundbetrag	6.694 DKK
Zulage	3.963 DKK
Insgesamt:	**10.657 DKK**
	(1428,03 €/Person)

Was bekommen Rentner in Dänemark? Sogn. „Folkepension“:

Sie ist für alle Dänen gleich hoch – unabhängig vom Einkommen oder den gezahlten Beiträgen: Etwa 1600 Euro vor Steuern sind es aktuell, die jeder monatlich erhält, der zwischen seinem 15. Lebensjahr und Rentenbeginn mindestens 40 Jahre zwischen Nord- und Ostsee gewohnt hat.

In welchem Land ist die Rente am höchsten?

In Island gibt es das beste Rentensystem der Welt. Mit einem Gesamt-Score von 84,7 Punkten belegen die Isländer den ersten Platz im Global Pension Index. Die Niederlande und Dänemark erzielen ebenfalls Bestnoten. Stand 7.02.2023 Allerdings hat das auch seinen Preis. Die deutsche Abgabenquote bewegt sich im oberen Mittelfeld der betrachteten Staaten (2020: 38,3 Pro-

zent). Die niedrigste Abgabenquote weist im Jahr 2020 Irland mit 20,2 Prozent auf; die höchste Abgabenquote fand sich mit 46,5 Prozent in Dänemark. Im Jahr 2020 betrug die deutsche Steuerquote 23,1 Prozent.
Renten, die von einer öffentlichen Kasse bezahlt werden, also deutsche Rente, dänische Folkepension oder Beamtenpensionen beider Länder, werden in dem Land besteuert, das die Rente zahlt. Hierzu zählen auch Renten der berufsständischen Versorgungswerke der kammerpflichtigen Berufe.
In der Regel ist die Arbeitszeit in Dänemark durch einen Tarifvertrag festgelegt, und in den weitaus meisten Bereichen beträgt die normale Wochenarbeitszeit 37 Stunden. Kinderlose Singles (Alleinstehende) in Dänemark verdienen im Jahr 2022 brutto durchschnittlich rund 62.933 Euro. Vom Bruttojahreseinkommen mussten rund 22.368 Euro an Steuern aber keine Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden, so dass am Ende ein Nettojahresverdienst von rund 40.585 Euro verbleibt. Die Lebenshaltungskosten in Dänemark sind im Allgemeinen hoch. Das Leben in Kopenhagen kann zwischen 1.280 und 1.800 EUR pro Monat kosten, während das empfohlene Monatsbudget für kleinere Städte wie Aalborg durchschnittlich etwa 1.000 EUR pro Monat beträgt.

RENTE IN NIEDERLANDE

Wer in den Niederlanden lebt, hat mit dem 65. Lebensjahr Anspruch auf eine Grundrente, die das Existenzminimum abdeckt. Unabhängig davon, ob er jemals Beiträge gezahlt hat, bekommt er 45 Prozent seines Durchschnittslohns und mindestens 70 Prozent des Nettolohns für einen Alleinstehenden. Die AOW-Pension (Die AOW-Leistung ist die staatliche Grundrente in den Niederlanden) wird mit jedem Berufsjahr um zwei Prozent aufgebaut. Wer zwischen 15 und 65 Jahren nicht durchgängig in den Niederlanden versichert gewesen ist, dem werden für jedes fehlende Versicherungsjahr zwei Prozent der Pension abgezogen.
Im Wesentlichen können drei Säulen der Alterssicherung unterschieden werden: Die angesprochene Grundrente bildet die erste Säule. Eine Grundrente hat ein Niederländer in maximal 50 Jahren aufgebaut. Die zweite Säule betrieblicher Zusatzrentenversicherungen ergänzt diese, ist aber nur Arbeitnehmern zugänglich. Schließlich wird die Rente durch eine private Altersvorsorge aufgestockt. Niederländer nennen das „Cappuccinomodell“: Den Kaffee in Form der Grundrente gibt’s für jeden, das Sahnehäubchen liefert die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge gleicht den Schokostreuseln.
Die Grundrente wird aus Beiträgen der Versicherten im Umlageverfahren finanziert und nur zu einem kleinen Teil mit einem Staatszuschuss. Der Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung (AOW) beträgt 2008 17,9 Prozent, für die Hinterbliebenenversorgung (ANW) 1,10 Prozent. Arbeitgeber zahlen keine Beiträge. Wer 65 ist, kann eine Grundrente beantragen. Sie betrug zum ersten Januar 2008 für Alleinstehende 984,86 Euro, für Verheiratete und Zusammenlebende 673,84 Euro. Auch Urlaubsgeld wird gezahlt: für Alleinstehende 53,68 Euro und für Verheiratete je 38,35 Euro.
Hinterbliebene können ebenfalls eine Rente beantragen, allerdings nur in bestimmten Fällen der Arbeitsunfähigkeit oder wenn ein unverheiratetes Kind aufgezogen wurde. Sollte der Ehepartner erneut heiraten oder mit einem anderen Partner zusammenleben, erlischt der Anspruch auf die Grundrente. Hinterbliebene haben seit dem 1. Januar 2008 Anspruch auf eine Leistung von 1042,88 Euro.

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

Mit der betrieblichen Altersversorgung können erwerbstätige Arbeitnehmer zusammen mit der Grundrente eine Versorgung von insgesamt 70 Prozent des zuletzt bezogenen Verdienstes aufbauen, wenn sie 60 Jahre alt sind. Bei der betrieblichen Altersversorgung hat der Staat in den vergangenen Jahren regulierend eingegriffen. So kam der Staat mit den Tarifparteien überein, die Arbeitnehmer auch mit über 60 Jahren im Arbeitsprozess zu halten. Sie können dann eine Rente von 100 Prozent des letzten Verdienstes aufbauen. Durch die Vorruhestandsregelung (VUT) hören viele Niederländer jedoch mit 60 Jahren auf zu arbeiten. Die betrieblichen Zusatzrentensysteme gewinnen an Bedeutung. Beinahe 90 Prozent der Erwerbstätigen sind in den fast 1000 öffentlichen, betrieblichen oder 81 branchenspezifischen Zusatzrentensystemen versichert. Die Gestaltung der betrieblichen Altersversorgung ist den Tarifparteien vorbehalten.
Die Diskussion um die Finanzierung der AOW ist so alt wie die AOW selbst. Im Jahr 2006 hat die Sociale Verzekeringsbank 24,3 Milliarden Euro für die Rente überwiesen. Um die Beitragssätze stabil zu halten, wird seit Jahren über ein höheres Renteneintrittsalter nachgedacht. Sozial- und Arbeitsminister Piet Hein Donner schilderte im September 2007 anlässlich einer 50-Jahr-Feier der AOW die Situation: „65 Jahre als Renteneintrittalter ist ein Begriff. Aber dieses Alter wurde schon vor 150 Jahren von Bismarck eingeführt und seinerzeit entsprach das Alter 65 nach heutigen Maßstäben etwa 85 oder 90 Jahren. (...) Unsere Lebenserwartung beträgt bald 80 Jahre und die Menschen werden immer älter, bevor sie mit der Arbeit beginnen – zwischen 20 und 25 Jahren. Auch das reale Renteneintrittsalter liegt eher bei 60 Jahren als bei 65. Das heißt praktisch, dass wir 40 Jahre arbeiten müssen, um 80 Jahre leben zu können. Die AOW ist zudem in den vergangenen 50 Jahren viel höher geworden. Vor 50 Jahren gab es eine Basispension – ein Ehepaar erhielt 650 Euro. Heute ist unser Sozialminimum schon das höchste der Welt. Es gibt immer mehr Rentner und immer weniger Arbeitnehmer, die in die AOW einzahlen. In den 50er Jahren gab es etwa 800.000 Rentner, die zusammen weniger als eine halbe Milliarde kosteten. Heute hat sich die Zahl der Rentner verdreifacht und die Ausgaben sind um das 40-Fache gestiegen.“ Die AOW wurde übrigens 1957 von dem damaligen Minister Ko Suurhoff eingeführt und löste das Notgesetz zur Altersversorgung von dem damaligen Ministerpräsidenten Willem Drees ab.
Eine Diskussion über ein höheres Renteneintrittsalter ist für jeden Politiker äußerst heikel. Um das System zu entlasten, möchte Finanzminister Wouter Bos, dass gut betuchte Rentner auch einen Beitrag in die Rentenkasse zahlen. Auch wird die Rente im Jahr 2008 nur geringfügig um 0,25 Prozent angehoben.

VERKLEIDE DICH MIT STUB-BEZUG UND NIMM TEIL AM BRUCKER FASCHINGSUMZUG

wir sind Teil des “WIR PRO StUB”-Wagens, Aufstellung ist am Sonntag, 11. Februar 2024 um 13:30 Uhr in der Fürther Straße in Bruck. Seid dabei!!!

Impressionen vom Faschingsumzug. Foto: privat

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

SPD FRAUEN ER(H) OFFIZIELL GEGRÜNDET

VON LISA KAUFMANN

Vorgelagerte Info: Wir haben seit Oktober 2023 neuen Namen! Mit Beschluss des Bundesvorstandes und Annahme im Rahmen der Bundeskonferenz der SPD FRAUEN fiel diesen Sommer die Entscheidung zu einer offiziellen Namensänderung für die Arbeitsgemeinschaft der 140.000 Frauen in der SPD. Der Parteivorstand hat dies mit Beschluss vom 9.10.23 auch formal bestätigt.

Dazu die Bundesvorsitzenden Ulrike Häfner und Maria Noichl: „Der Name „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“ war 50 Jahre die offizielle Bezeichnung der SPD-Frauenorganisation. In dieser Zeit haben wir Vieles für Frauen in Deutschland erreicht – vom neuen Scheidungsrecht 1977 bis zur Abschaffung von §219a im Jahre 2022. Bereits vor der historischen Wegmarke unseres 50. Jubiläums fand ein breiter, interner Dialog zum Thema Namensänderung statt.

Die Entscheidung fiel auf folgenden Namen und Schriftzug: „SPD FRAUEN“:

SPD FRAUEN
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Die SPD FRAUEN aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt trafen sich im Dezember im Erlanger Teehaus gemäß dem Motto „Stadt und Land - Hand in Hand“ und gründeten die SPD FRAUEN ER(H). In den Vorstand gewählt wurden Claudia Belzer, Abarna Baheerathan und Jessica Braun. Beisitzerinnen sind Mechthild Weishaar-Glab, Martina Haase und Ellen Seeböck-Castner. In den Unterbezirksvorstand wurde Abarna Baheerathan entsandt. Alle Wahldurchgänge erfolgten einstimmig. Wir danken und gratulieren den neu gewählten Frauen für ER(H) und wünschen ihnen gutes Gelingen.

Gruppenfoto der SPD FRAUEN ER(H) bei der Gründungsveranstaltung im Erlanger Teehaus.
Foto: privat

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 13.12.2023 im Distrikt Tennenlohe

TOP 1: Aktuelles
Rolf berichtet, dass das Ortseingangsschild von Tennenlohe wieder aufgetaucht ist. Die Diebe haben es frisch geputzt wieder angebracht. Klaus-Dieter Schreiter von den EN hat sowohl über das Verschwinden wie auch über das Wierauftauichen jeweils einen kleinen Artikel mit Foto in der Zeitung veröffentlicht. Der Distrikt diskutiert über die Rede von Bundeskanzler Scholz zum Bundesparteitag der SPD. Wir sind der Meinung, dass Deutschland in der aktuellen Situation vor allem Investitionen benötigt und die Schuldenbremse mehr schadet als nutzt.

TOP 2: „Wir für die STUB“
Rolf berichtet von einer Veranstaltung des Unterstützervereins „WIR für die STUB“. Auf der Webseite, die gerade freigeschaltet worden ist, sind auch Rolf und Gertrud unter dem Motto „Die STUB rückt Tennenlohe ins Zentrum zwischen Nürnberg und Erlangen“ abgebildet.

https://www.wir-pro-stub.de/menschen-wie-wir/

Da im nächsten Jahr, möglicherweise parallel zur Europawahl, ein Bürgerentscheid zur STUB in Erlangen durchgeführt wird, ist es zunehmend notwendig, die Vorteile der STUB in die Öffentlichkeit zu tragen. Obwohl die Bürgermeister aller drei beteiligten Städte, Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach die STUB unterstützen – und auch der Innenminister Joachim Hermann sowie die Nürnberger CSU sich für das Transportsystem ausgesprochen hat, ist es vor allem die Erlanger CSU, die massiv gegen die STUB agiert. Der Distrikt plant mit Informationen im TB, Informationsveranstaltungen und Hausbesuchen sich in die öffentliche Diskussion einzuschalten.

TOP 3: Ortsbeirat
Rolf beklagt das geringe Interesse der Distriktmitglieder an den Themen und den Sitzungen des Ortsbeirats. Er hofft, dass in Zukunft wieder mehr SPDler zu OBR-Sitzungen kommen, auch wenn er nur noch stellvertretender Vorsitzender sein wird.

TOP 4: Tennenloher Bote
Der aktuelle TB wird momentan verteilt. Die Ausgabe wird allgemein gelobt und Rolf hat viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

TOP 5: Erweiterung der EU
Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine wird als symbolische Unterstützung des Landes im Kampf gegen Russland gesehen. Die Ukraine ist in der aktuellen Lage nicht beitrittsfähig. Erst muss der Krieg mit Russland beendet werden und die Ukraine weitere Schritte gegen Korruption unternehmen. Die Anwesenden sind sich einig, dass aber vor der weiteren Aufnahme von Mitgliedern in die EU diese gründlich reformiert werden muss. Das Vetorecht eines einzelnen Mitglieds ist nicht weiter akzeptabel. Auch der Rat der Regierungschefs („Europäischer Rat“) wird als eher überflüssig eingeschätzt. Für schwierige Kandidaten wie Serbien oder die Ukraine wäre eine Eingliederung in die Wirtschaftsunion möglich, die nach einer Übergangszeit zu einer Vollmitgliedschaft führen könnte. Langfristig ist die Eingliederung aller interessierten Kandidaten sinnvoll, da dies den Erhalt des Friedens zwischen europäischen Ländern sichert.

TOP 6: Gehört der Islam zu Deutschland?
Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Nach einer Studie der Deutschen Islam Konferenz leben in Deutschland rund 5.5 Mio Menschen mit muslimischem Glauben (rund 6,7% der Bevölkerung). Damit gehört der Islam sicher zu Deutschland – zumal das Grundgesetz die freie Religionsausübung garantiert. Dies bedeutet jedoch auch, dass Muslime in Deutschland sich dem Grundgesetz unterordnen müssen, was heißt, dass z.B. die Scharia nicht zu Deutschland gehört und hier nir-

gends geduldet werden darf. Auch die Bildung von Parallelgesellschaften muss beobachtet und bei Bedarf unterbunden werden. Eine stärkere Beobachtung des türkischen DITIB-Vereins ist zu befürworten, solange dieser als langer Arm der türkischen Regierung dient. Ein Einsatz von in Deutschland ausgebildeten Imamen kann hier Abhilfe schaffen. Eine heftige Diskussion erhebt sich darüber, ob Frauen in Deutschland verschleiert in der Öffentlichkeit auftreten dürfen. Auch hier muss man zugestehen, dass das Grundgesetz eine Verschleierung nicht verbietet. Es gibt Berufsstände in denen das Gesetz die Verschleierung nicht erlaubt und auch zur Feststellung der Identität dürfen berechtigte Beamte die Entschleierung verlangen, aber ein generelles Verbot der Verschleierung wäre wohl nicht konform mit dem GG. Hans ist der Ansicht, dass wenn eine Person freiwillig – aus welchen Gründen auch immer - die Burka wählt, so muss das akzeptiert werden. Rolf spricht sich gegen eine Tolerierung aus. Er meint, wenn jemand, auch als Privatperson, an der Öffentlichkeit teilnimmt, muss diese Person auch mit der ganzen Persönlichkeit verantwortungsvoll zu ihrem Verhalten und ihren Handlungen in der Öffentlichkeit stehen und darf sich nicht wie ein Bankräuber unkenntlich machen wollen. Man muss hinterfragen, wie freiwillig diese Entscheidung zur Verschleierung wirklich ist. Aber nicht Verbote, sondern Aufklärung und Eingliederung sind hier gefordert. Vielleicht ist die latente Islamfeindlichkeit breiter deutscher Bevölkerungsschichten und konservativer Politiker das größere Problem.

Hans Hauer

Protokoll der Distriktversammlung vom 10.01.2024 im Distrikt Tennenlohe

TOP 1: Aktuelles
Für die heutige Sitzung liegt keine Tagesordnung vor. Deshalb gibt es freie Themenwahl. Einleitend fragt Rolf die Anwesenden zu ihrer Einschätzung des vergangenen und die Erwartungen für das neue Jahr.
Das letzte Jahr war schwierig – also politisch, persönlich ist jeder bestens durchgekommen. Der Krieg in der Ukraine und im Gaza bedrückt und im laufenden Jahr ist kein Ende abzusehen, vielleicht ein Waffenstillstand.
Die Entwicklung in den USA ist ebenfalls problematisch. Wird Trump zur Wahl zugelassen, besteht die Gefahr, dass er die nächsten Jahre die Geschicke der Welt bestimmt, wird er nicht zugelassen, droht dann ein Bürgerkrieg in den USA. Wenn er wieder gewählt wird, wird er dafür sorgen, dass die Demokratie beschädigt bzw. eingeschränkt wird.

TOP 2: Entwicklungen in Deutschland
In diesem Jahr ist die Bildung von zwei neuen Parteien angekündigt. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und eine Partei um Herrn Maaßen mit der CDU-Werteunion. Während von den Anwesenden der BSW durchaus Chancen für einen Wahlerfolg zugesprochen werden, wird Maaßen als eine Eintagsfliege gesehen. Wenn die BSW der AFD Stimmen wegnimmt, ist das nur zu begrüßen.

TOP 3: Proteste der Bauern
Johannes, unser gastgebender Wirt, findet die Proteste der Bauern gerechtfertigt. Die Landwirtschaft hat seit längerem ein Erlösproblem und ist auf Subventionen angewiesen. Solange die Proteste in einem gesetzlich-friedlichen Rahmen bleiben, sind sie akzeptabel. Der Distrikt schließt sich weitgehend der Argumentation an.

TOP 4: Probleme, Probleme, Probleme
In der weiteren Diskussion springt die Diskussion von einem Problem zum anderem, Schule und Erziehung, Integration, Israel und Gaza, KI, etc.
Dass Baerbock im Westjordanland klare Kante gezeigt hat, wird begrüßt, auch von denen, die sich eigentlich gegen eine Israelkritik ausgesprochen haben. Eine Ein-Staaten-Lösung, wie sie ein deutsch-israelischer Philosoph vor-

geschlagen hat, wird angesichts der neueren Entwicklung als nicht mehr realisierbar angesehen. Wie eine Zwei-Staaten-Lösung realisiert werden soll, steht in den Sternen.
Die Regulierung der KI-Nutzung durch die EU, die jetzt als Richtlinie von den einzelnen Staaten innerhalb von zwei Jahren modifiziert umgesetzt werden soll, werden wir mit Interesse verfolgen. Bei vielen der angesprochenen Probleme wird das Schlimmste befürchtet. Irgendwann muss ich dann doch anmerken, dass wir auf sehr hohem Ross klagen, dass wir eine stabile funktionierende Regierung haben und dass wir guten Grund haben, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Gut: die Klimakrise lässt sich nicht wegleugnen.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Mittwoch,
14.02.2023, 19.30 Uhr,
Gasthaus „Zum Schloss“,
Schlossgasse 7**

Tagesordnung:
1. Berichte
2. Erweiterung der EU
3. Ratsentscheid zur StUB: Argumentationslinien, Vorgehensweisen, Vernetzungen, Aktionen in Tennenlohe.
4. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im März:
06.03.24, Gasthaus zum Schloss, 19.30 Uhr

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Treffen des Distrikts West am 22.11.2023 im Gasthof Güthlein

Die Bürgerinitiative „VIEL LÄRM UM KIDZ“ setzt sich seit ihrer Gründung im April 23 für die Verbesserung der Betreuungssituation in Kigas, Kitas und Schulen ein. Die Gründerinnen Joanna Kaiser und Jaana Sturm, die beide zwei Kinder haben, berichteten auf unserer Distriktsitzung aus eigener Erfahrung, wie schwierig die Situation mittlerweile geworden ist: Wegen Personalmangel wurden Betreuungszeiten auf vier Tage gekürzt, Förderprogramme können nicht mehr stattfinden, was besonders das Deutschlernen für Kinder mit Migrationshintergrund schwieriger macht und den Lernerfolg nach dem Übertritt in die Grundschule beeinträchtigt.

Angesichts dieser Lage fanden sich im Frühjahr 23 fünf Mütter zusammen und gründeten die Initiative mit dem Ziel, zumindest auf die Situation aufmerksam zu machen, die nicht nur in Erlangen, sondern bundesweit schlecht ist. Weil ausgebildetes Personal kaum auf dem Markt verfügbar ist, wird es auch keine schnellen Lösungen geben. Es gilt, unbürokratisch zu handeln, z.B. bei der Anerkennung von Abschlüssen aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland sowie der Rekrutierung von Ehrenamtlichen.

Die BI ist bundesweit vernetzt. Am 23.9.23 fand ein Bildungsprotesttag auf dem Schlossplatz statt, wo viele Akteure aus dem Stadtleben präsent waren und die BI unterstützten. Geplant ist nun die Gründung eines Vereins, um die Funktionsfähigkeit der BI längerfristig zu sichern.
Im Anschluss berichtete Lisa Rettelbach von der großen Freude im Ortsbeirat Kosbach, Häusling, Steudach über die Verbesserung der Busanbindung, die Anfang Dezember mit der Fahrplanumstellung kommen wird.

Philipp Dees informierte über die Beratungen zum Haushalt, der keine Spielräume für neue Projekte mehr zulasse. Die Finanzlage der Stadt sei angespannt. Man werde aber angefangene Projekte weiterführen.

Der Distrikt West bei der Sitzung im November 2023. Foto: privat

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 21.02. um 20 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14) statt.

Dieses Mal wollen wir uns dem Thema Umwelt widmen. Dazu wird Reiner Lennemann vom Umweltamt berichten, was in Erlangen im Bereich Umweltpolitik passiert und wie man die Stadtgesellschaft bei dem Thema mitnehmen kann.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir euch

am Dienstag, den 6. Februar, um 19 Uhr zu unserer Distrikt-Sitzung in den Brückenpaulus (Pizzeria Romano, Schronfeld 74, Nebenraum) einladen!

Auf der Sitzung möchten wir mit euch die Distrikt-Aktivitäten 2024 in einer Art Workshop-Format planen. Aktives einbringen von Ideen ist explizit gewünscht. Ein Schwerpunkt in den nächsten Monaten soll der StuB-Entscheid sein. Hier wird es einen Input Vortrag geben. Auch das Thema Mitgliederbindung und -werbung soll, wie auf der Jahreshauptversammlung besprochen, ein Thema sein.

Wir freuen uns auf euer Kommen! Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix

DISTRIKT SÜD

Vorsitzender

Dr. Andreas Richter
Telefon: 09131-501479
E-Mail: andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen

unsere nächste Distriktsitzung findet statt

am Mittwoch, den 28.2., um 20:00 Uhr im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1.

1. Nachwahl der Stellvertretenden Vorsitzenden
2. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
3. Aktuelles aus dem Stadtrat
4. Bürgerentscheid zur StUB
5. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen,
Andreas Richter
Vorsitzender

JUSOS

Vorsitzende

Sophia Waldmann
Mark Schuster
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im Februar 2024 treffen wir uns zu den folgenden Themen:

Dienstag, 13.02.2024 – Steuerpolitik

Dienstag, 27.02.2024 – Kampagnenplanung zu StUB-Entscheid, Europawahl und den Landtagswahlen im Osten.

Beginn ist jeweils

um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5 in Erlangen, Eingang unten über den Parkplatz).

Aktuelle Infos bekommt ihr auch per E-Mail, auf Slack und Instagram.

Wir freuen uns auch euch!
Euer Vorstand

AG 60+

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2023, 15 - 17 Uhr in der Thalermühle

- Monika begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung 2023

- **Aktuelles:**
  Monika berichtet vom Parteitag in Berlin vom 8.-10. Dezember und den Aktionen mit Aktiven der SPD-internen Gruppe von „Mehr Demokratie wagen“ an allen drei Tagen. Monika als „Schwarzer Engel“ und die Gruppe wurden vielfältig gefilmt, fotographiert und angesprochen (unter anderem von Ralf Kabelka aus der Heute-Show). Die persönlichen Begegnungen mit Delegierten und Besuchern waren durchwegs positiv, man ließ die Gruppe „unbehelligt gewähren“. Jedoch keiner aus dem Parteivorstand hat sich herabgelassen, ein kurzes Gespräch mit MDW zu suchen. (Abgeordnete meist aus DL21 und der Parlamentarischen Linken, diskutierten und arbeiteten mit MDW durchaus fruchtbar zusammen, wie aus der ansprechenden Diskussion um die Friedens- und Sicherheitspolitik ersichtlich wurde. Interessierte können die Redebeiträge u.a. von Rolf Mützenich, Ralf Stegner, Lothar Binding und anderen unter info@mehr-Diplomatie-wagen.de nachhören.) Monika fand Gelegenheit, Verteidigungsminister Pistorius zu seiner Aussage „Deutschland kriegstüchtig machen“ anzusprechen, erhielt jedoch ein schroffes „Wenn Sie das so sehen, dann ist das Gespräch an dieser Stelle beendet“ als sie seine „logische“ Schlussfolgerung „mit Putin sind keine Verhandlungen möglich“ anzweifelte. Ebenso keine befriedigende Antwort erhielt sie von Gesundheitsminister Lauterbach bezüglich Klinikschließungen. Er fand die Frage nach Versorgungssicherheit im Hinblick auf die vom Ministerkollegen Pistorius gewünschte Kriegstüchtigkeit zwar „interessant“, sei aber der falsche Ansprechpartner, da „er ja, ganz im Gegenteil, die kleinen Krankenhäuser erhalten möchte“ (?) Doch so gut wie nichts von all den Aktionen, Bannern oder Flyern etc. hat den Weg in die mediale Veröffentlichung über den Parteitag gefunden. Als ob es sich bei uns um Geister gehandelt hätte...
  Unser Antrag betreffend den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag wurde in einem Redebeitrag unterstützt, abgestimmt wurde aber darüber nicht. Ebenso wenig über verschiedene andere Anträge, wie z.B. der Antrag auf Modernisierung des Rentensystems – Erwerbstätigenversicherung. Die Anträge sind im Antragsbuch auf der SPD-Seite nachlesbar, durchgezogen (mit minimalen Veränderungen) wurden die Leitanträge.

Michael Roth scheiterte bei der an die Diskussion anschließenden Wahl in den Parteivorstand im ersten Wahlgang und verzichtete auf einen zweiten Anlauf. Das wurde mit einem Laut freudiger Überraschung vom Publikum quittiert, dem sofort eine Rüge der Parteiführung folgt, „unfaires Verhalten einem verdienten Parteigenossen gegenüber“...
Monika konnte gute Kontakte knüpfen, die sich für künftige Diskussionsveranstaltungen nutzbar machen ließen. z.B. Simone Lange, Ex-Oberbürgermeisterin von Flensburg, sie hat das Buch „Mehr Sozialdemokratie wagen“ geschrieben. Sie ist häufig im ganzen Bundesgebiet unterwegs. Wenn sie sich mal nach Bayern „verirrt“, sollten wir sie unbedingt einladen.

- **Städtepartnerschaft**
  Dieter fährt im Februar mit einer Gruppe der Stadt Rothenburg o.d. Tauber in deren russische Partnerstadt Susdal. Er wird dort in einer Familie wohnen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, von Susdal zu Erlangens Partnerstadt Wladimir zu fahren. Im August 2024 soll eine weitere Reise stattfinden.

- **„Hausaufgaben“ von Hem**
  Erlangens Bündnis für den Frieden: Da bekanntlich der Kreisverband sich nicht mehr am Erlanger Bündnis für den Frieden beteiligt, könnten sich z.B. einzelne Arbeitsgruppen wie die Frauen, Jusos oder wir als AG60+ beteiligen.
  Zum Ostermarsch 2024 kommen Freunde aus Cumiana, da sollten wir auf jeden Fall mitmachen.
  Buchempfehlung „Politik von unten“ von Robert Misik.

- Distrikte Ost und Innenstadt, Jusos und AG60+ sollen gemeinsame Sitzung planen, um u.a. Schlüsse aus dem Abschneiden der letzten Landtags- und Bezirkstags Wahl zu ziehen.
  Anmerkung im Nachgang: Das hat am 23.1.24 um 19 Uhr im TB stattgefunden.

- Diskussion über den Krieg in Nahost.

- Protokoll: Renate und Monika

Protokoll der Sitzung am 12. Januar 2024, 15 - 17 Uhr in der Thalermühle

Wegen des angesagten (aber nur halb so schlimmen...) gefährlichen Winterwetters fanden sich nur genau eine Handvoll unerschrockener Genoss*innen zusammen.

Die nutzen die beiden Stunden zu intensiven Diskussionen über zwei Themen:
1. Themenfeld Friedenspolitik, mit Schwerpunkt Gaza, Anklage Israels vor dem internationalen Strafgerichtshof, die „Sprachlosigkeit“ der EU dazu, die nicht durch den Selbstverteidigungsparagrafen im Völkerrecht gedeckte kriegerische Eskalation durch eine weitere „Koalition der Willigen“ rund um die USA im Jemen.
2. Vorbereitung der Diskussion am 23.01.24 zusammen mit Distrikt Innenstadt und Ost, Jusos und 60+: die „Nachbereitung zur Landtagswahlpleite“ für die SPD, die ja nicht nur die bayr. Landtagswahl betrifft, sondern nur symptomatisch für die Gesamt-SPD steht. Und die, das ist unsere These, ganz viel mit der friedenspolitischen Aufstellung und der Behandlung der sozialen Frage (wie müsste beispielsweise eine gerechte Klimapolitik aussehen) in der SPD zusammenhängt. Aber auch dem gelenkten TOP-Down-Kommunikationsstil, der sich in der Partei breit gemacht hat.

Nächste Termine:
Gemeinsame Kinonachmittage. Die Frühjahrsstaffel mit den IG-Metall-Senioren soll wieder anlaufen. Februar ist schon zu kurz gesprungen... Wir werden also Peter Breitenherd März, April Mai vorschlagen...

Februarsitzung: Aschermittwoch, 14. Februar, 15 - 17 Uhr, Thalermühle
Protokoll: Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN